Rolf-Rüdiger Henrich
Dissident, Jurist, Rechtsanwalt

Der vormundschaftliche Staat

Vom Versagen des real existierenden Sozialismus

Systemkritisches Sachbuch mit Reformationsaufruf
geschrieben in der DDR von 1980 bis 1988
publik im April 1989 bei Rowohlt bei Hamburg
333 Seiten

Briefwechsel mit R. Henrich zu Auszügen auf detopia liegt vor.

dnb Buch > dnb Inhalt 1989 > dnb Inhalt 1990 > dnb Henrich

bing Buch > duckgo Buch

wikipedia Henrich *1944 in Magdeburg > wikipedia Opposition und Widerstand in der DDR

detopia > Harich-1975 > Bahro-1977 > Henrich-1996 > Henrich-2019 > Bartoniczek-2026

„Am Anbeginn war KUNZE mit sich eins, daß HINZE zu seinem Glück gezwungen werden müsse. Denn selber schien der nicht zu wissen, was ihm gut tut, er stand an seiner Maschine, man mußte ihn mit der Nase auf den Plan und die Prämie stoßen.
Als KUNZE aber in entwickelter Phase wieder an die Maschine trat, sah er HINZE nicht klüger geworden; jetzt lief ohne materielle Hebel nichts mehr. Der Zwang hatte nicht angeschlagen. Es half nicht durchzugreifen; irgendwie griff die Methode nicht.
Er schlich in seine Etage zurück, von einem fantastischen Gedanken verfolgt: Es gab vielleicht keine Macht auf Erden, die HINZE wider Willen befreien, ihn ohne sein Wissen glücklich machen konnte."

aus: Volker Braun: Fantastischer Gedanke, wikipedia Braun *1939 in Dresden

Einleitung 1988

9-22

Der vormundschaftliche Staat – mit diesem Titel will ich an das hierzulande stillgelegte *Unternehmen Aufklärung* erinnern. – Denn spätestens seit dem "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" sind die Hoffnungen aus den Gründerjahren des Staatssozialismus verflogen, daß geänderte Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln und ein aufrechter Gang des Menschen automatisch zusammengehen.

Wenn diese Hoffnungen sich aber nicht erfüllt haben, dann ist erst einmal wieder die Frage zu klären, worin **unser Leiden im Staatssozialismus** besteht. Schließlich muß das Verstehen und Innewerden des wahren Leidens immer der erste Schritt eines Weges sein, der zur Aufhebung des Leidens führt. Jedenfalls lehren es uns so die <Vier Vortrefflichen Wahrheiten>. wikipedia Vier edle Wahrheiten (Sidd. Gaut. oder Buddha)

Bilanzieren wir einmal unvoreingenommen die für eine aufgeklärte, selbstbestimmte Existenzweise verfügbaren objektiven und subjektiven Möglichkeiten, dann ist der Widerspruch zwischen der heute schon lebbaren und der tatsächlich verwirklichten menschlichen Verfassung gar nicht zu übersehen.

Ganz allgemein können wir deshalb sagen, wir leiden an dem Unvermögen, das Prinzip der Selbstbestimmung in unserem Handeln zu verwirklichen. Und der vormundschaftliche Staat ist der krasseste Ausdruck dieses Unvermögens.

Wer sich in das Gedächtnis ruft, wie IMMANUEL KANT **die epochale Frage *"Was ist Aufklärung?"*** beantwortet hat, dem wird schlagartig das hier angesprochene Defizit praktischer Vernunft bewußt, das den Alltag des Sozialismus so geleithammelt erscheinen läßt. *wikipedia Kant* **1724 in Königsberg*

Welche Gedanken würden wohl wachgerufen, läse man den zumeist gelangweilten Hörern einer beliebigen Philosophievorlesung an unserer hauptstädtischen Alma mater den berühmten einführenden Absatz der KANTISCHEN Antwort auf die Aufklärungsfrage vor?

> "… Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen." (1)

Und wer hätte den Mut, nach Sätzen solchen Zuschnitts noch den pikanten Einwand J. G. Hamanns vorzubringen, der den brandaktuellen Gesichtspunkt der "selbstver-

schuldeten Unmündigkeit" spinozistisch wendet, indem er von **"einer allerhöchst selbstverschuldeten Vormundschaft"** spricht?

wikipedia Hamann *1730 in Königsberg wikipedia Spinoza *1632 in Amsterdam

10/11

Wie kümmerlich die Vernunft ist, die unter sozialistischen Verhältnissen waltet, veranschaulicht diese kleine Spekulation nur annähernd. Nichts wäre allerdings verhängnisvoller, als in diesen Zuständen ausschließlich die Objektivationen des Kräfteparallelogramms einer totalen Macht im Staatssozialismus sehen zu wollen.

Ohne die das moralisch-praktische Handeln lähmende "Angst vor selbständiger, freiheitlicher Lebensführung" oder allgemeiner: ohne die subjektive Rückendeckung der Politbürokratie durch die Machtunterworfenen in den Blick zu nehmen, sind die Voraussetzungen der "allerhöchst selbstverschuldeten Vormundschaft" nicht aufzuklären.

Die wehleidige Selbsteinschätzung, wir allesamt seien "Opfer der politischen Macht", übersieht geflissentlich, daß derjenige, der diesen Schluß für sich gezogen hat, selber meist durch Unterlassen zur Erhaltung eines Systems der Verunselbständigung beihilft.

Die martialischen Drohgebärden der Sicherheitsapparate im Staatssozialismus sind natürlich nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen wird es dem einzelnen wie nirgendwo sonst leichtgemacht, sich vor sich selber zu entschuldigen.

Die **Opfermentalität** ist eine Form des Selbst-Betrugs. In dieser Form erscheinen die Verhältnisse im Sozialismus stets wie mit einem Schleier der Negativität überzogen.

Anderen dagegen erscheinen dieselben Verhältnisse grundsätzlich positiv. Die tatsächlich vorhandenen guten Seiten müssen in dieser zweiten Einstellung herhalten, **damit wir uns einreden können, auch die übrigen Dinge, von denen wir längst Gegenteiliges wissen, seien gar nicht so schlimm, wie wir denken.**

11 /12

Ich glaube nicht, daß meine Betrachtungsweise frei von Selbstbetrug ist. Ich hoffe aber, die gegebene Darstellung des Sozialismus sei letztendlich weniger selbstbetrügerisch als andere; womit lediglich gesagt sein soll, daß diese Darstellung für sich in Anspruch nimmt, besser zum Verstehen des Staatssozialismus beizutragen.

Wäre das der Fall, dann hätte das vorliegende Buch seinen **Zweck erfüllt**. Denn Verstehen ist ja immer auch ein Modus des bewußten Seins. Und im Verstehen wurzelt die Sicht, in der sich uns die Wirklichkeit darstellt.

Im Begriff <Vormundschaftlicher Staat> fasse ich meine Kritik am zeitgenössischen Sozialismus zusammen! Diesen Begriff verdanke ich der Lektüre des leider vergessenen EDUARD GANS, des akademischen Lehrers von Karl Marx.

wikipedia E. Gans *1797 in Berlin wikipedia Hegel *1770 in Stuttgart

HEGEL überdenkend stellt GANS in seiner Gegenüberstellung der Staatsphilosophie einerseits und der preußischen Verfassungswirklichkeit andererseits fest, daß weder die Kategorien des absoluten noch des patriarchalischen oder des konstitutionellen Staats auf Preußen Anwendung finden könnten, weshalb die Rubrik gesucht werden müsse, die ihm eigentümlich sei: "Es kann nur eine solche sein", so die Antwort von GANS,

> "die von allen diesen Seiten eine Beimischung enthält, die am absoluten, väterlichen und verfassungsmäßigen Staat teilhat, die den östlichen und westlichen Bestandteil zu verbinden und die Grundsätze der Alleinherrschaft in der Wirklichkeit einer mäßigen Freiheit auszuüben sucht. **Diese Kategorie ist die des vormundschaftlichen Staates.**"*2*

Die Konsequenz aus dieser Begriffsbestimmung besteht für GANS - wie bei der familienrechtlichen Institution der Vormundschaft - darin, daß die dieser staatsphilosophischen Kategorie entsprechenden Verhältnisse immer nur vorübergehenden Charakter tragen können.

12 / 13

Denn die Staatsgewalt, die anstelle des Bevormundeten entscheidet, kann natürlich nur so lange berechtigt sein, wie sie begründet für diesen und nicht etwa zu eigenen Gunsten gebraucht wird. **Hindert die Staatsgewalt den Bevormundeten daran, mündig zu werden und selbstbestimmt zu leben, wird sie reaktionär.**

In dieser Weise benutzt, soll der Begriff des "vormundschaftlichen Staates" von vornherein an die in der Aufklärung entworfene Perspektive des mündigen Menschen erinnern.

Der Status des Menschen im Sozialismus, wie er sich zwischen Oder und Elbe herausgebildet hat, ist genau noch der eines Mündels!

Der einzelne Mensch ist hier an sich frei, ja er ist nicht einmal mehr abhängig von irgendwelchen Produktionsmitteleigentümern, da er ja Miteigentümer des Volkseigentums ist, wie es heißt; **allein die Praxis, die Praxis sieht ganz anders aus;** was der

Mensch da längst selber tun könnte und worüber er allein entscheiden sollte, das vollführt in der Regel ein anderer, weil man unterstellt, die Menschen seien noch nicht reif genug. - Wie das im einzelnen aussieht, werde ich später zeigen.

Hier will ich lediglich noch einmal unterstreichen: Wenn staatliche Autorität, wie wir sie erleben, in ihrer paternalistischen Form überhaupt noch möglich ist, dann **hängt das ebenso mit frühkindlichen Empfindungen der Hilflosigkeit zusammen** wie mit massenhaften Regressionen des Selbstwerterlebens, die das praktisch erlittene Schicksal der Ohnmacht bei den Machtunterworfenen auslöst. Viele dürstet geradezu nach der Sicherheit und Geborgenheit versprechenden Autorität.

Nicht die strikt und unpersönlich das Gesetz vollstreckende Autorität wird gewünscht. Menschlichen Wunschvorstellungen kommt offenbar nicht selten die polternde, etwas altmodische Bürokratie näher, die in der Wut ihre Fähigkeit unter Beweis stellt, uns in Schutz zu nehmen, deren noch deutlich sichtbare "menschliche" Schwächen aber zugleich unser Selbstwerterleben spürbar entlasten.

13/14

Wer wissen will, in welcher Form sich diese subjektive Verfassung widerspiegelt, muß sich nur richtig vor Augen führen, welches Zeremoniell gilt, sobald der Generalsekretär der Staatspartei irgendwo in der Öffentlichkeit aufkreuzt.

Lackschwarze Staatskarossen, schwerbewaffnetes Gefolge sowie Geheimpolizisten vor und hinter den Kulissen bilden den Rahmen für die versteckt drohende Selbstdarstellung der Autorität — deren Bedrohlichkeit jedoch sogleich gemildert wird durch die organisierte Einbeziehung von Kindern in das Empfangsritual: Der alte Mann ist ansprechbar, er reagiert mit freundlichen Verhaltensweisen der Kinderfürsorge, tätschelt die lieben Kleinen, kann sich schwer von ihnen losreißen. Wer kennt das nicht?

Doch welche über die übliche Gängelei hinausgehenden Phänomene sind es nun, für die der Begriff "vormundschaftlicher Staat" im folgenden einstehen soll?

Was die DDR anbelangt, so ist damit zunächst die "östliche Beimischung" angesprochen. Der vormundschaftliche Staat ist hier ja in gewisser Weise selber ein "bevormundeter" Staat. Der "vormundschaftliche" Einfluß der Sowjetmacht ist nicht zu übersehen, denn er ist offiziell in staatsrechtlicher Form gesichert.

Jenseits aller parteiamtlicher Idealisierungen des "Bruderbundes" (der übrigens notwendiger denn je ist!) besteht wenigstens in diesem Punkt eine **Interessengemeinschaft** zwischen der Politbürokratie und den ihrer Macht unterworfenen Menschen, die allzuoft einfach vergessen wird.

14 / 15

Doch der Einfluß der Sowjetmacht ist tiefer dimensioniert als allgemein angenommen.

Das ist ein erster Grund, warum ich in diesem Buch abermals das unter Marxisten heißumstrittene Problem der "asiatischen" Produktionsweise / Despotie aufwerfe. Erst diese Überlegungen ermöglichen es nämlich, die zeitgenössische "östliche Beimischung" als "Formationsverdrängung" genauer zu erklären.

Vor dem Hintergrund dieser Darstellung werde ich dann zeigen, in welcher Weise das staatssozialistische Herrschaftssystem — weit über die industrielle Arbeitswelt hinausgreifend — ehemals relativ autonome Lebensverhältnisse mit Macht vormundschaftlich strukturieren will.

Ein weiterer Grund, über die von Marx so genannte "asiatische" Produktionsweise zu sprechen, betrifft die Legitimation der politbürokratischen Herrschaftsform.

Unsere politische Klasse fühlt sich zu einem ganz bestimmten Handeln berufen und berechtigt, da sie der Meinung ist, mit ihrer Politik das Gesetz der Geschichte zu vollstrecken. Bei ihrem Tun mangelt es den Führern der politischen Klasse gewiß nicht am guten Willen, aber sie sind, wie wir sehen werden, in ihrem Handeln gefährlich eingeschränkt, weil die "Grundlügen" des Systems um jeden Preis aufrechterhalten werden müssen.

Von daher erklärt sich die dogmatische Sicht der für die historische Legitimation wichtigsten Ereignisse, besonders der Oktoberrevolution (und davon abgeleitet des Vorgangs der "Formationsverdrängung" in den osteuropäischen Ländern).

Wollen wir die Verwirrtheiten des politischen Denkens klären, wird es darauf ankommen, den Blickwinkel vor allem im Hinblick auf diese angeblichen Schicksalsereignisse wieder zu erweitern. Dies soll in der vorliegenden Schrift exemplarisch versucht werden. Damit will ich zugleich andere ermutigen, ebenfalls mit einer eigenen Sichtweise zur historischen Wahrheitsfindung beizutragen.

15 / 16

Wenn wir uns klarwerden wollen über die heutigen Verwirklichungschancen des "Unternehmens Aufklärung", dann kommen wir an einer **systematischen Kritik** des Staatssozialismus nicht vorbei. - Dieser Kritik ist der zweite Teil des Buches gewidmet.

Die Gründer des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates hatten seinerzeit viel Gutes im Sinn, und der **Gesellschaftsbau, der ihnen vorschwebte**, war erklärtermaßen auf ein "besseres Deutschland" gerichtet. In ihrem Traumland sollte es keine Klassenunterschiede und keine Sorge um den Lebensunterhalt mehr geben.

Gefragt, wodurch der erwünschte Gesellschaftsbau zusammengehalten werden sollte und was der wichtigste Inhalt des neuen Lebens sein könnte, hätten die Aktivisten der ersten Stunde nicht gezögert, sich einer Voraussage GEORG LUKÁCS' anzuschließen. *"Auf diese Frage"*, meinte Lukács,

> "können wir nur von der Seite der Moral eine Antwort erhalten. Die radikale Ausmerzung der Klassenunterschiede hat bloß dann einen Sinn gehabt, wenn dadurch alles aus dem zwischenmenschlichen Leben verlorenging, was die Menschen voneinander getrennt hat: jeglicher Zorn und Haß, jeglicher Neid und Hochmut. Mit einem Wort: wenn die klassenlose Gesellschaft die Gesellschaft der gegenseitigen Liebe und des Verständnisses sein wird." (3)

wikipedia Lukács *1885 in Budapest

Heute sind wir uns unserer Sache unsicher geworden. Wer könnte schon ruhigen Gewissens behaupten, wir seien auf dem Wege in eine Gesellschaft gegenseitiger Liebe und menschlichen Verständnisses? Aber die Unsicherheit und die Enttäuschung über unsere gesellschaftliche Wirklichkeit können heilsam sein, wenn wir über dieses Empfinden nicht hinwegreden. Indem wir unsere Zweifel offen aussprechen, wenden wir uns ja bereits von einem "Wissen" ab, welches vor lauter Arroganz vergessen hat, "daß es nichts weiß".

16/17

Wir beseitigen damit wenigstens einen Teil des ideologischen Schleiers. Und auf uns selber zurückverwiesen, lernen wir wieder, die Frage nach dem wahrhaft Guten mit eigenen Worten zu stellen. Diese "praktische" Frage werde ich an den verschiedensten Stellen und in den unterschiedlichsten Zusammenhängen und Formen aufwerfen.

Schon bei der Formulierung "praktischer" Fragen geraten Marxisten gewöhnlich von Hause aus ins Stottern.

Bereits Marx übernahm von Hegel die Abneigung gegen alles Seinsollende und den

Satz, daß allein das vernünftig ist, was wirklich ist; obschon dieses immer in seiner Entwicklung - gewissermaßen im Werden und Vergehen - begriffen werden sollte. Das klassische Werk von Karl Marx bleibt allemal bedeutsam für das Verständnis der Politökonomie in unserer Zeit.

Aber weder aus der Analyse des Warencharakters der menschlichen Arbeit noch aus der von Marx untersuchten Produktionslogik lassen sich kulturelle Werte und Normen herauslesen.

So kann der funktionalistische Marxismus-Leninismus bis heute das Problem der Begründung praktischer gegenüber der Begründung theoretischer Fragen offenhalten, ohne damit erkennbar gegen die kanonisierten Schriften verstoßen zu müssen. Indem er die Richtlinien praktischer Politik und handlungsorientierende Werte allein aus dem Faktum des Bestehenden herzuleiten versucht, bestätigt er dieses nur. Die das öffentliche Leben im Sozialismus prägende Machtanbetung straft alle anderslautenden Versicherungen Lügen.

Dabei war gerade die interessengeleitete Verkleidung der Sachzwänge des Arbeitsprozesses in moralisch-praktische Normsätze einmal der ureigenste Angriffspunkt der marxistischen Kritik.

17/18

Diese aber operierte bei allen Zweideutigkeiten von der ersten Stunde an unter dem kategorischen Imperativ, wonach "alle Verhältnisse" zu zerschlagen sind, ich unterstreiche noch einmal, alle Verhältnisse, "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist". (4)

Wohin sind wir eigentlich gekommen, wenn uns die Glossatoren des Marxismus-Leninismus inzwischen rüdeste polizeiliche Ordnungsvorstellungen und eine sklavische Arbeitsdisziplin unter Berufung auf Marx als die höchsten Güter der Menschheit preisen dürfen?

Man hat schon der alten Arbeiterbewegung nicht zu Unrecht angekreidet, daß sie sich selber kaum jemals moralkritisch befragt hat. Zunächst klangen angesichts der Verelendung des Proletariats ihre Forderungen nach Abschaffung der Ausbeutung ja auch derart überzeugend, daß der Klassenkampf mitsamt den dabei angewandten Mitteln gerechtfertigt erscheinen mußten.

Seit der Marxismus jedoch in Gestalt des Leninismus zur ideologischen Staatspartei geworden ist, muß er dazu herhalten, die Anwendung einer Doppelmoral zu stützen. Mit Marx und Engels wird begründet, warum man diejenigen Menschen, die

das Bestehende bessern wollen, in einer Weise behandelt, wie man selber nicht behandelt werden möchte. Es gehört zur Tragik der marxistischen Idee, daß sie genau das, wogegen sie sich einst gewandt hatte, heute auf höherer Stufenleiter mit reproduziert: **ein System der Politökonomie, welches nur noch gewaltsam aufrechterhalten werden kann.**

Das alles ist mir Anlaß genug, um anhand des kategorischen Imperativs nach der "Tugend des Systems" zu fragen. Die mit dieser Frage verbundene normative Negation des Bestehenden kann aber nur dann richtig sein, wenn sie niemals den Zusammenhang aus den Augen verliert, der zwischen der Herausbildung des eigenen (falschen) Ich und der Erhaltung des Systems besteht.

Denn oftmals ist es nicht "Der Große Bruder", sondern das "Große Ich", welches uns erfolgreich daran hindert, entsprechend dem Prinzip der Selbstbestimmung zu leben. Grundlegend wird jeder soziale Wandel deshalb immer erst dann, wenn sich die Menschen selber durch **die Erneuerung ihres Geistes** wandeln.

Heute stehen wir an einem Punkt in der Entwicklung des Staatssozialismus, wo die Erkenntnis reift, daß die weitere Wirksamkeit der marxistischen Aufklärung wesentlich davon abhängt, ob es ihr gelingt, philosophisch wieder den Blick zu öffnen auf "das eine", das kein "zweites" leidet.

Dieses ewige, eine, ungeteilte Sein, davon die großen Weltreligionen in allen Sprachen reden, kann aber alleine der wahrhaft schauen — und das gilt unterschiedslos für Christen und Marxisten —, dessen Auge "einfältig" ist, wie es bei **Matthäus** heißt.

Fragen dieser Art stehen im dritten Teil des Buches im Vordergrund. Dabei geht es keinesfalls um eine Flucht vor der Wirklichkeit des Staatssozialismus in ein religiöses Scheinleben. Ganz im Gegenteil: Um der Befreiung des "inneren Menschen" willen bedarf es eines natürlichen Zugangs zu den Urbildern des Lebens. Erst aus seinem religiösen Wesen fließen dem Menschen die Kräfte zu, die zusammen mit der Vernunft das Vermögen zur Selbstbestimmung begründen.

Wie müßte eine Neugliederung des Staatssozialismus beschaffen sein, um einen Gesellschaftsaufbau hervorzubringen, der den Bedürfnissen des "inneren Menschen" gerecht wird, eine Gesellschaft, die anstelle der Vormundschaft die mündige Selbstbestimmung der Menschen setzt? – Was können wir selbst dazu tun, wo liegen die Ansatzpunkte alternativen Handelns?

Um die Suche nach Antworten auf diese Zukunftsfragen soll es im *Schlußteil* des vorliegenden Buches gehen. Dabei besteht jedoch eine Schwierigkeit:

Während der gegebene politökonomische Handlungsrahmen im Staatssozialismus mit einiger Genauigkeit rekonstruiert werden kann, lassen sich die künftigen globalen Handlungsbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben nicht mit Gewißheit vorhersagen. Nur eines wissen wir ganz sicher: die Zukunft wird uns Unvorhergesehenes bringen.

Mag sein, daß den Industriegesellschaften in Ost und West gleichermaßen ein abruptes Ende bevorsteht, wenn sie weiter so wirtschaften wie bisher — ohne Rücksichtnahme auf **das soziale und ökologische Gleichgewicht des Planeten**, bar jeglichen Mitleids mit sich selber und den Verdammten dieser Erde.

Vielleicht wird eines Tages <Stalin für die Welt> mindestens ebenso überlebensnotwendig sein wie <Brot für die Welt>, um den erwirtschafteten Mangel unter der Aufsicht einer despotischen Weltregierung gerecht zu verteilen.

Der Realismus einer solchen negativen Prophetie wird entscheidend davon abhängen, ob und wann es uns in den produzierenden und verbrauchenden reichen Ländern des Nordens gelingen wird, **zunächst einmal im Inneren unseres Herzens und im Inneren unserer Gesellschaften Solidarität zu stiften** — damit die Kriegsgefahr gesenkt, die drohende ökologische Katastrophe abgewendet und ein weitgehend gewaltfreier Konsens mit den Armen im Süden gefunden wird.

Wir sollten uns nichts vormachen:

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die beängstigenden Menschheitsprobleme global gelöst werden. Für sich genommen ist das dennoch kein Grund, die Versuche abzubrechen, um die Verhältnisse zum Besseren zu wenden.

Gemessen an den vorherrschenden Systemstrukturen waren soziale Umwälzungen allemal unwahrscheinlich. Das ist heute nicht anders als etwa am Ausgang des Mittelalters.

20 / 21

Niemals in der Geschichte hat es eine Gesellschaftsformation gegeben, die sich selber als Provisorium begriffen hätte. Lediglich der Sozialismus kokettierte kurzzeitig in der akademischen Selbstreflexion mit dem Begriff der "Übergangsphase in den Kommunismus", ohne daß dies allerdings irgendwelche Konsequenzen nach sich gezogen hätte.

Und dennoch hat der geschichtliche Wandel stets Unwahrscheinliches wahrscheinlich werden lassen. **Der Mensch kann anders, wenn er will!**

Welcher immense Aufwand notwendig sein wird, um menschlichere und demokratische Strukturen auszubilden, kann man sich vor dem Hintergrund der steinzeitlichen Freiheitsbeschränkungen, des verbreiteten Paternalismus usw. schnell vergegenwärtigen.

Gerade in der heutigen Entwicklungsphase des Staatssozialismus, **wo wir in Moskau den wohl aufgeklärtesten industriellen Despoten amtieren sehen, den wir uns jemals hätten wünschen können**, dämmert es mancherorts, daß die Probleme des Staatssozialismus mit einem Kaderwechsel an der Spitze ganz sicher nicht gelöst werden.

Zudem ist bisher nicht entschieden, worum es den Reformern um Michail Gorbatschow zu tun ist; ob das weitere Wachstum der sowjetischen Industrie für sie Vorrang hat, wozu ja allein schon Antriebskräfte in großem Stil - einschließlich der dazu gehörenden politischen Motivation - erschlossen werden müßten, oder ob es den Reformern um ein "gelungenes Leben" im ethischen Sinne geht.

Sicher, wir wissen wenig darüber, was in einer sozialistischen Gesellschaft als gelungenes Leben gelten darf. Was ich dazu sagen kann, ist nicht viel mehr, als daß uns ein Leben in der Wahrheit so lange verwehrt sein wird, **bis wir mündig sind, die klassische Frage nach dem wahren und guten Leben angstfrei und öffentlich zu stellen.**

Das Mündig-Werden des Einzelmenschen ist ein historischer Prozeß innerhalb der bestehenden Verhältnisse und darüber hinaus. Das gilt in jeder Hinsicht! Das "gewöhnliche Leben" aber, in dem dieser Prozeß seinen Ausgang nehmen soll, ist in der Gegenwart **zerfurcht** vom Gegensatz der politischen Systeme, die sich um den Ost-West-Antagonismus herum gruppiert haben.

Fragen wir also zuerst einmal danach, wie es zu diesem Widerspruch gekommen ist. Für den Marxismus ist diese Frage identisch mit der Frage nach dessen Vorläufer-formationen des Staatssozialismus und dessen eigener Stellung in der formativen Stufenfolge.

22

===Ende Henrich Einleitung 1988===

Index

Rolf Henrich # Der vormundschaftliche Staat # Vom Versagen des real-existierenden Sozialismus # 1989 by Rowohlt # 1990 by Kiepenheuer Leipzig # ISBN 3-378-00417-7 # Henrich: *1944 # 304 (317) Seiten # Sozialpolitisches Sachbuch 1989

Inhalt

Einleitung (9) Literatur (305) Leseberichte

Warum ich dieses Buch geschrieben habe (309)

Erster Teil: Rückschau

1. Ost und West — ein formativer Gegensatz? (24)

2. Das Beispiel Rußland (36)
Das Zarenreich: eine ‹halbasiatische› Despotie (37) Der Sowjetstaat: eine industrielle Despotie (50)

3. Staatspartei — Parteistaat (60)
Luxemburg-Lenin über die ‹Organisationsfrage›

Zweiter Teil: Die Wirklichkeit des Staatssozialismus

4. Zur Genesis des bürokratischen Sozialismus in Deutschland (76)
Formationsverdrängung - die Ausnahme von der historischen Regel (76) Staat und Recht (80) Wirtschaft (87) Vom deutschen Untertanengeist (89) Zur subjektiven Seite der Formationsverdrängung (92) Kulturelle Verödung (94) Wer sind wir - wer wollen wir sein? (98)

5. System und Macht (104)
Die Abstraktion des Systems der Politökonomie 104 Macht als Steuerungsmittel 111 Kader-Auslese - die Reproduktion der Macht 117 Macht und Legitimation 122

6. Bürokratie und Staatsplanwirtschaft (130)
Planmäßigkeit und Anarchie in der Staatsproduktion 130 - Ökologie und Planwirtschaft 140 - Zur ‹Wohnungsfrage› 144 - Ethik des ‹Optimalverhaltens› 149

7. Anatomie der ‹geschlossenen Gesellschaft› (153)
Das ‹Gefesseltsein an den Boden und die Maschinerie› 153 * Treuepflicht oder Freiheit? 161 * Warum die Mauer ‹unmoralisch› ist 168

8. Staats-Sicherheit und Strafrecht im Sozialismus (178)
Feierliches Gedenken an Andrej J. Wyschinski 178 * Politischer Prozeß 183 * Politische Polizei (Tscheka) 188

9. Der Sozialismus als Tragödie (196)

Dritter Teil: Vom ‹inneren Menschen›

10. Marxismus und Moral oder: Die Moral des Marxismus (208)

11. Sozialismus und Tod (215)

12. Marxismus und Christentum (223)
Staat und ‹Kirche im Sozialismus› (223) Staat und Religion (243) Marxismus und Metaphysik (250)

Vierter Teil: Wohin?

13. Voraussetzungen und Möglichkeiten alternativen Handelns (258)
Freiheit ‹von oben› oder Selbstbestimmung * Zum subjektiven Faktor alternativen Handelns 262 * Liebe ist nötig 265 * Tapferkeit oder Zivilcourage (270)

14. Zur Neugliederung des Staatssozialismus — ein Entwurf (275)
Geistesleben (279) Wirtschaftsleben (282) Rechtsstaat und demokratisches Leben (293) Von Jalta zur Emanzipation der Deutschen (300)

Warum ich dieses Buch geschrieben habe

309-317

Ich wünsche mir, daß dieses Buch zu Diskussionen Anlaß gibt: Diskussionen über den Ursprung, das Wesen, die Funktionsweise des bürokratischen Sozialismus, wie wir ihn heute in der DDR und den anderen Staaten des Warschauer Paktes erleben — **und über den Weg in eine bessere Zukunft.**

Bei einer grundsätzlichen Kritik des Staatssozialismus liegt es in der Natur der Sache, daß sie über weite Strecken theoretisch und abstrakt gefaßt ist. Und doch war die Arbeit an diesem Buch für mich alles andere als ein akademisches Unternehmen: Es ist vor allem auch ein Produkt der Auseinandersetzung mit meinen eigenen politischen Erfahrungen als Bürger der DDR, als langjähriges Mitglied der SED.

Ich will deshalb dieses Nachwort nutzen, um meinen persönlichen Werdegang und damit **die Entwicklung meines politischen Denkens** zu erläutern.

Ich hoffe, daß dadurch auch die praktische politische Bedeutung mancher Gedankengänge verständlich wird, die auf den ersten Blick wie reine Theorie erscheinen mögen.

Man hat mich mehrfach gefragt, weshalb ich solchen Wert auf den marxistischen Gedanken der «ökonomischen Gesellschaftsformation» lege. Hätte ich mir nicht zum Vorteil des Lesbarkeit des vorliegenden Textes so manche diesbezügliche Passage ersparen können? – Ich glaube nicht.

Denn es geht bei den Erörterungen der «ökonomischen Gesellschaftsformation» und des damit in engstem Zusammenhang stehenden Ost-West-Gegensatzes um mehr als nur um irgendeine marxistische Denkfigur.

Es geht um die entscheidende Grundfrage, ob in der Geschichte der Menschheit der Staatssozialismus, und zwar so, wie wir ihn kennengelernt haben, tatsächlich

weltweit die nächste Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung nach der bürgerlichen Gesellschaft darstellt oder nicht.

Wenn es denn stimmt, daß - wie Kant gesagt hat - «... das menschliche Geschlecht im Fortschreiten zum Besseren immer gewesen sei, und so fernerhin fortgehen werde ...», ist dann der real existierende Sozialismus dieser Fortschritt zum Besseren?

Hat er sich in Theorie und Praxis als die Nachfolgeformation gegenüber dem Kapitalismus bewährt?

Viele Menschen können sich wahrscheinlich nur schwer vorstellen, wie sehr ich (und mit mir viele Genossen) vor noch gar nicht allzu langer Zeit die Gegenwart aus der Geschichte heraus begründen und begreifen wollte. Meine Freunde und ich, wir haben zeitweilig geradezu im Bann der Geschichte gelebt.

Nicht selten fühlten wir uns in unserem politischen Handeln von *«dämonischer Notwendigkeit»* getrieben als die *«prädestinierten Knechte, womit der höchste Weltwille seine ungeheuren Beschlüsse durchsetzt»*, um es mit HEINRICH HEINES Worten zu sagen. wikipedia Heine *1997 in Düsseldorf

Als prädestinierter Knecht des Weltwillens kann sich natürlich nur der richtig fühlen, der guten Glaubens ist. Und guten Glaubens waren wir, wenigstens zeitweilig.

Ich habe wirklich daran geglaubt, daß die Gesellschaftsformation, in der wir leben, der praktische Fortschritt sei gegenüber dem kapitalistischen Westen; selbst wenn die spezifische Form, in der sich der Sozialismus im einzelnen konkret verwirklichte, zuerst durch «Geburtswehen», später hieß es dann «durch Deformationen» unübersehbar verunstaltet war.

310 / 311

In einer solchen entwicklungslogischen Borniertheit befangen, haben wir nach dem 13. August 1961 unablässig die Formationsgeschichte bemüht, um die mit dem Bau der Mauer einhergehende Unterdrückung zu rechtfertigen.

Der Bau der Mauer war damals für mich durchaus eine notwendige, wenngleich vorübergehende Maßnahme politischer Machtausübung, Mit ihrer Hilfe wollten wir ja die Voraussetzungen schaffen, damit sich die Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus unter den Bedingungen der Ost-West-Konfrontation ungestört

entfalten konnten. Der Sozialismus sollte, wie wir unentwegt beteuerten, die Chance erhalten, in einem Industrieland im Herzen Europas seine Überlegenheit zu beweisen.

An die Möglichkeit, daß die Mauer über Jahrzehnte hinweg Bestand haben könnte, daran dachte kaum jemand. Allgemeiner Konsens unter uns war: Die mit der Mauer verbundenen, bedrückenden Beschränkungen unserer Freiheit waren deshalb gerechtfertigt, weil sie im Interesse eines in naher Zukunft zu erzielenden Freiheits- und Demokratiegewinns erfolgten.

Anders wären derlei Maßnahmen auch kaum mit dem Gedanken der historischen Formationsabfolge Kapitalismus-Sozialismus vereinbar gewesen; denn diese Abfolge wurde stets als stufenweises Voranschreiten des Menschengeschlechts auf dem Wege zur Freiheit begriffen.

(Mit welcher Überzeugung wir damals am Ende der Parteiversammlungen «Brüder zur Sonne, zur Freiheit» gesungen haben, kann sich heute wahrscheinlich niemand mehr vorstellen.)

google Brueder+zur+Sonne+zur+Freiheit

Es mag einer heute nur schwer verständlichen politischen Naivität geschuldet gewesen sein: Doch in der Mitte der sechziger Jahre gewann ich tatsächlich den Eindruck, die politökonomischen Verhältnisse in der DDR würden sich auf der ganzen Linie zum Besseren wenden, den Betrieben und Kombinaten wurden damals ansatzweise Formen der Arbeiterselbstverwaltung ausprobiert (Produktionskomitees, gesellschaftliche Räte). Und unser Rechtswesen wurde gründlich reformiert.

Erst mit dem Einmarsch deutscher Truppen in die CSSR wurde mein Glaube an die historische Überlegenheit des Sozialismus in seinen Grundfesten erschüttert. Gewiß waren Ethik und Politik seinerzeit durchaus nicht dasselbe für mich, aber wo sie derart zugespitzt in Gegensatz zueinander geraten konnten wie in Prag 1968, da konnte es – dachte ich mir – nicht allzuweit her sein mit dem **Fortschritt zum Besseren.**

Schlagende Argumente konnte ich damals dem Gerede von der Konterrevolution, welches sich wiederum auf die marxistische Formationslehre stützte, noch nicht entgegensetzen. Dennoch: 1968 ist mir klargeworden, daß die marxistische Geschichtsauffassung in dieser konkreten Situation nurmehr beschworen wurde,

um das imperialistische Machtgebaren der Politbürokratie zu legitimieren.

Noch fehlte es uns allerdings an einer wirklichen gedanklichen Durchdringung des historischen Geschehens. Die brachte erst Jahre später Rudolf Bahros Buch «Die Alternative».

Dieses Buch begeisterte mich, **mit ihm war der ideologische Bann endgültig gebrochen**: BAHRO beschrieb den Weg der meisten sozialistischen Länder als einen Entwicklungspfad, der seinen Ursprung in der Hinterlassenschaft der «asiatischen Produktionsweise» hatte. Eine Epoche des Kapitalismus hatten diese Länder nie durchschritten. Bald jedoch wurde mir klar, wie inkonsequent und dem alten Schematismus verhaftet Bahro mit seinem Ansatz blieb, wenn er unsere Verhältnisse charakterisierte *«als protosozialistisch, d.h., wir haben Sozialismus im Larvenstadium».*

312 / 313

Rolf Henrich und Rudolf Bahro im Rathaus Eisenhüttenstadt, 1990

Für mich stand nach dem Lesen der «Alternative» fest: Wir haben keinen Sozialismus im Larvenstadium, sondern wir leben in der Gesellschaftsform, die weltweit gesehen das Erbe der «asiatischen Produktionsweise» angetreten hat. Nach dieser Vorstellung ist der Sozialismus nicht mehr die Nachfolgeformation des Kapitalismus; er ist, jedenfalls in der Form, in der er in der Wirklichkeit existiert, allgemeiner Ausdruck eines selbständigen (industriellen) Entwicklungspfades der «östlichen Welt».

Rein äußerlich betrachtet zeigte sich mir in dieser Sichtweise der Hauptwiderspruch unserer Epoche, der Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus, als die aktuelle Form des seit der Antike bestehenden Ost-West-Gegensatzes.

Vorbedingung für den in der Gegenwart lebensnotwendig gewordenen Ausgleich dieses Gegensatzes ist es — und vielleicht kann uns hier eine Diskussion der **Formationslehre** weiterhelfen —, daß die Menschen in Ost und West eine

möglichst genaue Vorstellung davon entwickeln, wodurch dieser Gegensatz bestimmt ist. Grundsätzlich gesehen ist ja der Widerspruch zwischen «Östlichem» und «Westlichem» nicht nur äußerlicher Natur. Nach Hegel hat jeder Mensch und jedes Ding seinen Osten und Westen «in sich». Die Aufhebung dieses Widerspruchs «in sich» ist in der Gegenwart dem Menschen aufgegeben.

Ich hoffe, vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung verständlich, die ich in meinem Buch einer Analyse der formativen Struktur des Ost-West-Gegensatzes zumesse.

Eine andere Frage, die mir gestellt wurde, betrifft meine Mitgliedschaft in der SED. Mit der Staatspartei gehe ich ja ziemlich schonungslos ins Gericht, habe aber selber noch immer das Parteibuch in der Tasche.

313

Wenn dieses Buch erscheint, werde ich ein Vierteljahrhundert Parteimitgliedschaft hinter mir haben. Fallen da nicht Wort und Tat bei mir auseinander? Ich selber habe mich immer wieder gefragt, ob ich meine Mitgliedschaft in der Staatspartei vor mir selber weiter rechtfertigen kann. Um verständlich zu machen, warum ich letzten Endes meine Mitgliedschaft bisher nicht aufgekündigt habe, will ich kurz erläutern, wie meine Entwicklung in der Partei verlaufen ist.

Ich sagte bereits, daß mir im Zusammenhang mit den Prager Ereignissen 1968 klar wurde, wie borniert mein Weltbild damals war. Damals bereitete ich mich an der Berliner Universität auf mein Examen vor. Die wirtschaftlichen Reformvorhaben, die in der CSSR unter der Federführung Ota Siks versucht wurden, überzeugten mich nicht gerade, doch die dort geübte Form des politischen Diskurses begeisterte mich.

Obwohl ich also nicht unbedingt zu den Anhängern der Prager Bewegung rechnete, bekam ich doch nach dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in Prag im Zuge der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der DDR hautnah zu spüren, **wie unerwünscht jede eigene Meinungsäußerung war.** Abgerechnet wurde nämlich damals, jedenfalls war es an der hauptstädtischen Alma mater so der Fall, nicht nur mit den Anhängern des Prager Reformkurses, sondern mit all denen, die sich überhaupt den Luxus selbständigen Denkens und Redens geleistet hatten. **Wer niemals miterlebt hat, wie gestandene Hochschullehrer befohlene Selbstkritik übten**, der kann sich schwerlich in die konkreten Zeitverhältnisse hineinversetzen.

Am Ende kam ich persönlich ziemlich glimpflich davon. Ich mußte ein für mich vorgesehenes Forschungsstudium abbrechen. Und man auferlegte mir gewissermaßen «zur Bewährung» die Bearbeitung eines neuen Themas für meine Diplomarbeit, da ich mit dem alten Thema — ich hatte bereits über die «Verinnerlichung von Normen» geschrieben — angeblich den «Klassencharakter des Rechts» als Instrument politischer Machtausübung mißachtet hatte.

314

Parteizensoren wollten entdeckt haben, daß ich bereits in einer Arbeit, die man mit dem Fichtepreis der Humboldt-Universität ausgezeichnet hatte, zu einer «Psychologisierung des Rechts» angestiftet hätte. Mit anderen Worten, mir wurde «revisionistisches Verhalten» in der Wissenschaftsarbeit vorgeworfen.

Nach dem Studium habe ich meinen Wehrdienst geleistet und bin kurze Zeit an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften tätig gewesen, bevor ich 1973 meine Zulassung als Rechtsanwalt erhielt. Noch im selben Jahr wurde ich dann Parteisekretär eines Bezirkskollegiums der Rechtsanwälte. In dieser Funktion besuchte ich eine höhere Parteischule, ich wurde das, was man im Parteijargon einen «Nomenklaturkader» nennt.

Obwohl ich für mich in Anspruch nehme, in meiner zehnjährigen Tätigkeit als Parteisekretär die gegebenen Freiräume genutzt zu haben, war ich dennoch wegen der vielen kleinen «faulen Kompromisse» unzufrieden. Als Reaktion auf meine persönlichen und beruflichen Erlebnisse mit dem Staatssozialismus brachte ich schließlich zu Papier, was ich wirklich dachte.

Meiner Ansicht nach ist dieses Buch, wie es nunmehr vorliegt, von größter Bedeutung für alle an einer Verbesserung des deutschen Staatssozialismus interessierten Kräfte. Das gilt natürlich zuerst für die Mitglieder meiner Partei selbst.

Denn die Partei als eine große Gruppe von Menschen, aus der die Leiter in der sozialistischen Gesellschaft hervorgegangen sind und weiterhin rekrutiert werden, lebt in großen Teilen fort in jenen Anschauungen, die heute in fast allen Ländern des Sozialismus berechtigt in Zweifel gezogen werden; und sie will bis heute den Zusammenhang zwischen ihrer dogmatischen Weltanschauung und dem kulturellen Niedergang der sozialistischen Gesellschaft nicht sehen.

315 / 316

Genau diesen Zusammenhang, der sich seinem Wesen nach im Staatssozialismus

überall gleicht, will ich meinen Lesern exemplarisch vor Augen führen.

Mir ist selbstverständlich bewußt: Mit der Veröffentlichung meines Buches «Der vormundschaftliche Staat» begehe ich in den Augen meiner Parteioberen «Verrat am Sozialismus»! Lange Zeit, ich denke zu lange, hat mich die Aussicht auf diese Bewertung meines Tuns abgeschreckt. Und zwar nicht etwa, weil mir noch etwas am bürokratischen Sozialismus gelegen wäre — der ist sowieso heutzutage reformbedürftiger als je zuvor. Nein, mich hat die Verratsvorstellung an sich geschreckt, denn unbewußt wollte ich lieber mit der Macht und der Mehrheit sein.

Inzwischen bin ich mir jedoch sicher: Die Vormundschaft der Politbürokratie kann ohne Handlungen, welche den Machthabern als Verrat erscheinen müssen, gar nicht gebrochen werden. Anders gesagt: Wir müssen endlich das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung mit Leben erfüllen.

Dieses Recht umfaßt aber das Recht (lt. Art.19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte), Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Vielen Menschen bei uns wird solche Einsicht ebenso schwerfallen wie mir, denn Infomationen und Ideen ohne Rücksicht auf Grenzen zu verbreiten, das bedeutet aus der Sicht unserer Strafrechtspraxis nicht mehr und nicht weniger als das, was das Strafgesetzbuch als «nachrichtendienstliche Tätigkeit» umschreibt!

Wenn die Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung besonders Parteimitgliedern häufig Schwierigkeiten bereitet, dann nicht nur deshalb, weil die Partei in großen Teilen eingeschüchtert ist. Das ist nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte der Wahrheit ist, daß bis heute viele Mitglieder der Partei meinen, mit dem Eintritt in die Reihen der Partei sei für sie die «Zeit des Sich-Entscheidens» endgültig vorbei. Fortan brauche man nur noch die einzelnen politischen Manöver der Partei mitzumachen.

Nach dieser Geisteshaltung trägt «die Partei» die Last der Verantwortung! Eine so verstandene Parteidisziplin gehört überall zu den Grundfesten der vormundschaftlichen Gesellschaft.

Ich kann Menschen, die so denken, nicht verurteilen, weil ich inzwischen weiß, wie gerne wir Verantwortung auf andere übertragen. Ich behaupte aber, daß der einzelne, der moralisch leben will, seine gesamte politische Tätigkeit letztendlich

nur von jenem Grunde seines Daseins her bestimmen kann, wo er der Wegweisung des «innerlichen Menschen» gewahr wird, wo die Stimme des Gewissens lauter klingt als der Ruf der Partei.

Zwischen der Parteilinie und dem Gewissen des einzelnen Mitglieds kann es immer wieder zu Divergenzen kommen. Das wird zuweilen dazu führen, daß Menschen ihre Mitgliedschaft beenden. Man kann aber auch den Kampf für die Wahrheit und die Gerechtigkeit, die man meint, innerhalb der Partei aufnehmen und auf diese Weise diejenige **allgemeinmenschliche Front in der Partei** stärken, die MARTIN BUBER gewollt hat: Diese innere Front kann....

> «... da sie, wenn überall aufrecht und stark, als eine heimliche Einheit quer durch alle Gruppen liefe — für die Zukunft unserer Welt wichtiger werden als alle Fronten, die heute zwischen Gruppe und Gruppe, Gruppenverband und Gruppenverband sich ziehen».
>
> 317

=====Ende Warum ich...=====

13. Voraussetzungen und Möglichkeiten alternativen Handelns

258-304

Freiheit "von oben" oder Selbstbestimmung

Erinnern wir uns an dieser Stelle nochmals an einige der im zweiten Teil dieses Buches vorgestellten Phänomene, in denen der "vormundschaftliche Staat" **uns sein wahres Wesen offenbart hat**: an den konkreten Funktionsmechanismus der politbürokratischen Macht, an das "Gefesseltsein an den Boden und die Maschinerie" als Wirksamkeitsbedingung der Staatsplanwirtschaft und auch an die dominierende Rolle geheimdienstlicher Tätigkeiten im gesamten Ordnungsgefüge des Sozialismus.

Der aus einer solchen Zusammenschau resultierende Zustand größerer Klarsicht zeigt, daß die Menschen im Staatssozialismus nicht selten vor die unangenehme Wahl gestellt sind, entweder im Partei- oder Staatsapparat Karriere zu machen, sich in irgendeine gesellschaftliche Nische zu verkriechen oder zum erklärten "Staatsfeind" zu avancieren.

In solchen Erfahrungen kann **die Wende zum wahren Leben** beginnen. Denn gerade die Augenblicke, in denen das Blitzen des Erkennens das Gehäuse grell erleuchtet, das dem Ich bis dahin Sicherheit und Geborgenheit gewähren sollte, enthalten ja immer die Chance, daß der einzelne intuitiv dem Ruf "Folge der Wahrheit!" nachgeht.

Nicht selten aber, wird die eigene Lage und die der Gesellschaft einfach als aussichtslos erlebt. Aus dieser Ausweglosigkeit gibt es dann anscheinend nur noch eine Rettungsmöglichkeit, **wenn sich ein aufgeklärter Despot findet**, der dekretiv die "Vormundschaft" beendet und damit "von oben" die Menschen zur Freiheit zwingt.

Diesen bürokratischen Ausweg aus der Gewaltherrschaft, der sich gegenwärtig in der sowjetsozialistischen Gesellschaft mit dem Namen des Reformers Gorbatschow verbindet, hatte schon Platon in seiner Staatslehre als praktikable Möglichkeit

hervorgehoben.

Gorbatschow dürfte vermutlich dessen Bild eines "wahren Gesetzgebers von Natur" ziemlich genau entsprechen. Und sobald der auch noch "Gewaltherrscher" ist, sagt PLATON, sind die besten Bedingungen gegeben, damit durch ihn der "leichteste und schnellste" Übergang aus der politischen Despotie in freiere Verhältnisse herbeigeführt werden kann. Im Buch <Nomoi> heißt es dazu:

> "Nicht der Anstrengungen und nicht einer besonders langen Zeit bedarf der Gewaltherrscher, will er die Sitten seines Staates umgestalten; zuerst muß er selbst den Weg, den er etwa eingeschlagen wissen will, einschlagen: wenn etwa zur Ausübung der Tugend, dann muß er die Staatsbürger antreiben, oder wenn zum Entgegengesetzten, dann muß er zuerst durch seine eigene Handlungsweise alles vorschreiben, indem er das eine lobt und ehrt, das andere dem Tadel unterwirft, und in jedem einzelnen Falle den Ungehorsam mit Schmach überhäuft."*73*

(Blättert man in GORBATSCHOWS Buch "Perestroika" oder hört man seine Reden, könnte man den Eindruck gewinnen, der Generalsekretär der sowjetischen Staatspartei habe sich von der Platonschen Staatslehre belehren lassen.)

259 / 260

Bei Platon warnt in diesem Zusammenhang der "Athener", von niemandem sollen wir uns "überreden" lassen, "daß wohl auf anderem Wege leichter und schneller ein Staat seine Gesetze wechsle als unter der Leitung der Mächtigen, noch daß sich das jetzt anderswie begebe noch in Zukunft je begeben werde".*74*

In dieser **voraufklärerischen** Meinung liegt bis in die Gegenwart das grundlegende Vorurteil beschlossen, das den Kern jedes "vormundschaftlichen" Bewußtseins bildet. Jenes Kerns, der die Weigerung begründet, Freiheit als die Möglichkeit und Fähigkeit des Menschen zu begreifen, Veränderungen im gesellschaftlichen Leben von selbst anzufangen.

Vor keiner anderen Lebenslage fürchtet sich das vormundschaftliche Bewußtsein gleichermaßen, wie vor diejenige Wahl gestellt zu sein, die wir seit den Tagen der Aufklärung als Selbstbestimmung bezeichnen.

Statt die gegebenen Möglichkeiten eines selbstverantwortlichen, kritischen Verhältnisses gegenüber dem Gemeinwesen und dem sozialistischen Staat hier und jetzt wahrzunehmen, begibt sich das vormundschaftliche Bewußtsein in diesen Tagen abermals massenhaft in die gewohnte Objekthaltung, indem es sich erwartungsvoll

zum Gegenstand einer Befreiung "von oben" erklärt.

Alle Zeichen der Zeit mahnen insofern an die Situation, wie wir sie schon einmal nach dem XX. Parteitag erlebt haben. Die allein in der Mündigkeit des Menschen wurzelnde Assoziation aber, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (Kommunistisches Manifest), kann der sozialistische Staat in seiner gegenwärtigen Verfassung nur verhindern wollen. Daran wird der Reformer Gorbatschow nichts ändern können, denn auch er als Generalsekretär der Staatspartei muß die Staatsraison im Auge behalten.

260

Die Staatsraison jedoch verträgt sich nicht so ohne weiteres mit der Bildung und Erziehung des Menschen zum "öffentlichen Gebrauche seiner eigenen Vernunft", sondern sie verlangt zuerst einmal im guten wie im bösen die Einschleifung der Untertanenrolle. Denn die im sozialistischen Staat verdinglichte Macht zur Fremdbestimmung des Menschen will und kann nur wollen den Bürger als den anpassungsbereiten Produzenten-Untertan.

Zweifellos hat GORBATSCHOW mit seiner durch die Worte "Glasnost" und "Perestroika" gekennzeichneten Politik bei unzähligen Menschen, die im Staatssozialismus leben, **tiefes Aufatmen bewirkt**, das kann man gar nicht überhören oder etwa gar geringschätzen.

Deshalb brauchen wir aber nicht gleich in die Illusion zu verfallen, es sei nunmehr für den einzelnen Menschen gar nicht mehr nötig, "sich aus der ihm beinahe zur Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten" und den Staat bis in seine Grundfesten hinein umzugestalten.

Worauf wir allein unsere Hoffnungen setzen dürfen, ist, daß das "Publikum sich selbst aufkläre", damit endlich die nach Kant erforderliche "wahre Reform der Denkungsart zu Stande kommen kann", die allein uns zukünftig an jeder Form von Subalternität wird hindern können.

Man glaubt heute offenbar vielerorts, den Menschen etwas Gutes anzutun, wenn man sie in ihrer Utopie des "guten Herrschers" bestätigt, aber man ist unehrlich, wenn man in ihnen nicht das Verständnis dafür weckt, in welchem Maße der Niedergang der staatssozialistischen Gesellschaften gerade dieser ihrer "vormundschaftlichen" Erwartungshaltung geschuldet ist. Nicht darum kann es sich schließlich in dem gegenwärtigen Augenblick des historischen Geschehens handeln, die eine Form der Vormundschaft gegen die andere auszutauschen, sondern einzig darum, die nächste Wegstrecke im "Fortschreiten zum Besseren" zu gehen.

Zum subjektiven Faktor alternativen Handelns

Soll der "vormundschaftliche Staat" zurückgenommen werden, so müssen Kräfte in der staatssozialistischen Gesellschaft tätig werden, die danach trachten. Wie die ersten Ergebnisse öffentlicher Diskussionen innerhalb der von Gorbatschow angeführten Nomenklatura im sozialistischen Lager zeigen, hat sich die herrschende Meinung im Zentrum des Staatssozialismus geändert.

Es schwindet der Glaube, daß die Mängel der zentral geplanten sozialistischen Ökonomie nur als Ausdruck von Kinderkrankheiten einer sich selbständig zum Besseren wandelnden Staatsplanwirtschaft betrachtet werden können. Gleichzeitig breitet sich die Meinung aus, daß die allgemeine Unordnung in der Wirtschaft und darüber hinaus als eine Art Preis für die Bestandserhaltung des derzeitigen politökonomischen Systems angesehen werden muß. Denn für einen Teil der herrschenden Staatsbürokratie ist diese Unordnung von Vorteil.

Waren sich noch bis vor kurzem die Befürworter einer Erweiterung der Marktbeziehungen und die Verfechter der Selbstverwaltung einig in ihrem Angriff auf die starre Planwirtschaft, so beginnen sich heute, da die gesellschaftliche Entwicklung die praktische Frage einer Alternative auf die Tagesordnung gesetzt hat, weitergehende Differenzierungen abzuzeichnen.

262

Grob gesprochen: Wie stets in derartigen historischen Situationen will der eine Teil der Nomenklatura der Wirtschaft mehr technokratisch gefärbte Rezepte verschreiben, währenddessen der andere Teil wieder mal auf die "Demokratisierung" setzt. Und so dreht sich dann der Interessenstreit, wie wir anläßlich der Diskussionen über den Gesetzentwurf für den staatlichen Betrieb und die Genossenschaften sehen konnten, immer wieder um die alte Frage, ob man ein bißchen "Mehr" an "Marktwirtschaft" zuläßt oder nicht. Sieht man einmal von der vereinzelt vertretenen Forderung nach der Schaffung eines "kleinen Reservearbeitsheeres" ab, so sind die vertretenen Auffassungen keinesfalls originell.

Aufs Ganze gesehen dürfte eine durch die Entwicklungsprozesse in der SU belehrte und bestärkte Reformbewegung im deutschen Staatssozialismus vermutlich zunächst annähernd dieselbe Entwicklung nehmen. Aber hier wie dort kann das Bedürfnis nach ökonomischen Umgestaltungen sehr bald weitertreibende Kräfte innerhalb und

außerhalb der Bürokratie freisetzen, wenn sich erweist, daß wegen des Primats der Politik in der sozialistischen Gesellschaft wirtschaftliche Reformen nur zu haben sind nach einer entsprechenden "Rücknahme" des vormundschaftlichen Staates in die Gesellschaft.

Kommt ein solcher Lernprozeß erst einmal in Gang, ist für den deutschen Staatssozialismus damit zu rechnen, daß sich sehr bald eine Entwicklung ergibt, die von ganz alleine auf eine Rücknahme des "vormundschaftlichen Staates" aus der Wirtschaft und dem Geistesleben hinarbeitet.

Im Verlaufe eines solchen Prozesses dürfte es kaum ausbleiben, daß in einer deutschen Reformbewegung sehr bald rechtsstaatliche Traditionen erinnert würden — vielleicht der entscheidende Unterschied zur Umgestaltung in der SU.

263

Jeder Reformbewegung im deutschen Staatssozialismus, die Änderungen in dieser Richtung bewirken will, wird die Unterstützung innerer und äußerer Kräfte schon deshalb zuteil werden, weil sie eine Beendigung der durch die "Geschlossenheit" der sozialistischen Gesellschaft hervorgerufenen Leiden verspricht.

Ob jedoch im Verlaufe eines solchen Prozesses eine wirkliche Neugliederung des sozialen Organismus entsteht oder ob im Ergebnis der gesellschaftlichen Umwälzungen lediglich eine dem Staatseigentum verpflichtete östliche Gesellschaftsversion zum Zuge kommt, die in gesteigertem Maße bestrebt ist, westlichen Vorbildern möglichst im Detail noch nachzueifern, hängt ganz entscheidend von der gesteigerten Sozialfähigkeit aller den Wandel tragenden Kräfte ab.

Die menschliche Sozialfähigkeit aber gründet sich nicht nur auf die Selbstbehauptung, auch nicht auf die Selbstbehauptung gegenüber den Anmaßungen der Politbürokratie, und sie gründet sich erst recht nicht auf den Veränderungswillen eines um seine Weltanliegen kreisenden Ichs. Gerade das Welt-Ich vieler Menschen im deutschen Staatssozialismus will ja oft nicht mehr als nur schnittigere Autos, reizvollere Urlaubsziele, Vergnügungen aller Art - mit einem Wort: Konsumbefriedigung wie im Westen. Es sollte bloß nicht ganz so scharf zugehen wie dort.

Um die Verhältnisse aber gültig zu gestalten, muß der sozialistische Mensch vor allem der Tatsache gewahr werden, daß sein wahres Leiden letztendlich aus der Unerfülltheit seines menschlichen Wesens herrührt. Dieses Leiden, das Ganzsein und Heilsein verhindert, ist aber etwas anderes als das gewöhnliche Leiden des Welt-Ichs unter den politischen Verhältnissen.

Erst wenn das Leiden aus der Tiefe Menschen zu Wesen formt, die sich bewußt im Widerspruch zwischen den Aufgaben und den Verführungen der Welt sowie ihrer inneren Stimme bewegen, kann eine gültige Umgestaltung der Gesellschaft gelingen. Wie aber vollzieht sich die Vermittlung derartiger Subjektäußerungen im praktisch-gegenständlichen Lebensprozeß der sozialistischen Gesellschaft?

Liebe ist nötig

Auch im bestehenden Staatssozialismus ist es niemals nur die Macht allein, die das Handeln der Menschen bestimmt. Mit Macht und Geld kann die Politbürokratie zwar das sozialistische System steuern, die Gesamtheit der zwischenmenschlichen Verhältnisse kann sie damit jedoch nicht erreichen.

Wie sich die Zeiten insoweit gewandelt haben, verdeutlicht am besten die historische Sichtweise: Es liegen Welten zwischen dem partikularistischen Selbstverständnis unserer Bürokraten, wie es in der Betonung des Klassencharakters der sozialistischen Staatsmacht zum Ausdruck kommt, und dem alles und jeden vereinnahmenden Paternalismus der alten Despotien.

Nicht daß die sozialistische Bürokratie diesem Selbstverständnis abgeschworen hätte. Wo es nur geht, spielt sie weiterhin Vormund für die Menschen. Heute weiß sie aber, daß der von ihr erhobene Anspruch, noch die persönlichen Lebensverhältnisse der Menschen bestimmen zu wollen, bereits in weiten Kreisen als unnatürlich empfunden wird. Zunehmend mehr Gesellschaftsmitglieder gestalten gerade aus diesem Empfinden heraus ihr persönliches Leben bewußt als Gegensatz zur System-Welt.

Auf diese Weise wird der in der System-Welt erlittene "Schmerz über den Abstand zwischen dem Bedürfnis, wirklich zu leben (Wirklichkeit zu erleben), und der durchdringenden Erfahrung von Entsinnlichung, Entwirklichung" praktisch. Was entsteht, ist eine Wirklichkeit im Untergrund, die ihre eigene Geschichte schreibt und die zugleich planmäßiger Widerstand gegen Macht und Marktstrukturen ist.

Woher bezieht dieser Widerstand seine Energie? Allein aus dem Gegensatz zur System-Welt kann die Kraft nicht herkommen, welche die Menschen antreibt. Tatsächlich ist die Antwort einfach: Wo Liebe die Grundrichtung des Handelns bestimmt, entstehen in der Praxis Lebensformen, die gegen Macht und Geld immun

sind. Weil Liebe aber in jeder Gesellschaft das bessere Sein darstellen will, ist diese von vornherein mehr als ein harmloses Privatvergnügen. Liebe zielt auf den "inneren Menschen"! Der Weg der Liebe, die im persönlichen Bereich beginnen mag, führt zu einem Verhalten des Menschen, das die Gleichgültigkeit gegen andere als die entscheidende Grundlage jeder Herrschaft überwindet.

Erst in der vollendeten Liebe werden alle die Schranken niedergerissen, die der Mensch um der Macht willen in sich errichtet hat, sei es in Form seines Charakterpanzers, der Vorurteile, Sprachstörungen usw.

Liebe allein kann am Ende das Macht- und Besitz-Ich der Politökonomie niederbrennen. Denn ein solches begegnet dem Lebendigen in allen Liebesverhältnissen. Diese sind ja von sich aus nicht frei von jeder Gewalt und Unterdrückung. Sie müssen die Gewalt erst tilgen, die immer wieder in sie eindringt.

In den "Liebesverhältnissen" finden wir das praktische Modell, anhand dessen Gleichgültigkeit und Herrschaft kritisiert werden können. Die Liebe ist neben dem verständigungsorientierten Diskurs die einzige organisatorische Lebensform, der eine revolutionäre Sprengkraft einwohnt. Liebe allein kann die Überzeugung festigen, daß der Mensch mit dem Menschen — auch ohne Gewalt leben kann.

266

Nicht aus der unbegrenzt erweiterten Akkumulation des objektivierenden Denkens und des technisch-organisatorischen Wissens können wir menschlichere Handlungsorientierungen erwarten. Diese sind nur als ein Ausdruck der moralisch-praktischen Reife zu verstehen, die der einzelne im Umgang mit seinem Mitmenschen erwirbt. Hier, in den Liebesverhältnissen, begegnen wir Menschen einander als Vertreter wirklichen Lebens, für die das Sein selber das Worumwillen aller Tätigkeit darstellt. Nur aus der empirischen Tatsache der Existenz von Liebesverhältnissen heraus läßt sich die Hoffnung begründen, die Menschheit wäre heute reif genug, vor allem anderen zunächst reifere Formen des sozialen Zusammenhalts zu entwickeln, um erst auf dieser Grundlage vernünftig über die Anwendung der neuen Produktivkräfte zu entscheiden (und nicht umgekehrt!). Genau das ist des Pudels profaner Kern, den die unvermeidlich mit der Losung "Liebe ist möglich" einherkommende Metaphorik oftmals mehr verdeckt als freilegt.

Jede reifere Form der Sozialintegration setzt aber die weitere Entwicklung der Familie voraus. Wenn überhaupt, dann kann nur von hier her der Wandel des Gesellschaftscharakters seine ersten Impulse erhalten. Während der Mensch in der System-Welt des Sozialismus auf schmerzhafte Weise darin eingeübt wird, mit sich selbst, seinem Mitmenschen und der Natur distanziert umzugehen, damit er diese skrupellos auszu-

beuten lernt, erinnert ihn die Lebensweise in der Familie, in freundschaftlichen Beziehungen, Liebesverhältnissen und nachbarschaftlichen Begegnungen immer wieder daran, was ihm persönliche Nähe bedeutet, wie menschliche Beziehungen auch sein können.

267

In unseren Tagen bewährt sich die Familie immer weniger als das Übungsfeld, wo dem Individuum und zukünftigen Staatsbürger das Prinzip "Bück dich!" eingebleut werden kann, jenes Grundgefühl von Ordnung, das nach HEGEL den Staat in seinem Innersten zusammenhält.

Seitdem das Bild der modernen Familie **immer mehr durch die sich ausbreitenden partnerschaftlichen Beziehungsmuster** und immer weniger durch zwanghafte Erziehungspraktiken bestimmt wird, sucht und findet das Individuum hier Zuflucht vor der Scheinhaftigkeit der zwischenmenschlichen Beziehungen in den formal organisierten Handlungsbereichen des Systems der Politökonomie.

Darin zeigt sich, daß die Familie auch noch im Staatssozialismus in einem sittlichen Gegensatz zum "Gesetz des Staates" steht. Auch noch im Staatssozialismus gilt das Wort, wonach in der Familie das "Gesetz des Weibes" vorherrscht, welches das "Gesetz der empfindenden subjektiven Substantialität, der Innerlichkeit" ist.

Wenn wir darüber hinaus die rapide fortschreitende Deinstitutionalisierung der Ehe und die Aufhebung der **antiquierten "Männlichkeit"** im Staatssozialismus in Rechnung stellen, dann schließt der Wandel in den sittlichen Verhältnissen Momente in sich ein, deren politische Bedeutung gar nicht hoch genug eingestuft werden kann.

Denken wir nur an die Erhöhung der Reflexivität in der Zweierbeziehung oder an die massenhafte Bewußtwerdung der Gefühlswelt, die wir gegenwärtig erleben. Weit weniger als in Vorläuferformationen reguliert die klassische Institution Ehe im Staats-sozialismus das Verhalten ihrer Glieder zugunsten der herrschenden Macht.

268

In dem Maße aber, wie die Konturen der "musterhaften Eheführung" dem Menschen nicht mehr vor Augen stehen, sieht sich dieser auf die Reflexivität in der Zweisamkeit verwiesen, um hier in einem mühevollen Dialog immer wieder neu die familiäre Identität zu bestimmen.

Unter diesen Bedingungen artet der Wechsel aus der familiären Lebenswelt in die bürokratisch organisierte Arbeitswelt immer mehr zu einer Machtprobe zwischen dem einzelnen und dem System aus. Je weiter sich das System gegenüber der persönlichen

Lebenswelt verselbständigt, um so schwieriger wird es, den an die eigensinnigen dialogischen Strukturen der Familie gewöhnten Menschen den Imperativen des Systems zu unterwerfen.

Sobald junge Menschen am ökonomischen und politischen Verkehr teilnehmen, stellt sich deshalb die Frage, ob ihre zu diesem Zeitpunkt verinnerlichten Handlungsmuster ein problemloses Umschalten zugunsten der vom System erwarteten bürokratischen Rationalität gewährleisten. Damit ist ein Widerspruch angezeigt, dem ausnahmslos alle Angehörigen der nachwachsenden Generation ausgesetzt sind.

In der (gemessen am niedrigen Niveau der allgemeinen Kriminalitätsbelastung) unverhältnismäßig hohen Jugendkriminalität entfaltet sich der Widerspruch augenscheinlich nach seiner anarchischen Seite. Aber derselbe Widerspruch kann ebensogut das demokratische Handeln der Jugendlichen aktivieren. Nämlich dann, wenn er dem einzelnen als Bedürfnis bewußt wird, an der Gestaltung des eigenen Daseins auch außerhalb der familiären Lebenswelt mitzuwirken, und diesem legitimen Bedürfnis mit strafrechtlichen Mitteln eine Abfuhr erteilt wird.

Mit Hilfe des staatlichen Jugendverbandes und einer besonderen "**Jugendpolitik**" will die Politbürokratie das unter der Jugend vorhandene Widerstandspotential entschärfen.

Wirtschaftliche Schwerpunktvorhaben werden zu Jugendobjekten erklärt, an deren Bewältigung sich junge Menschen heroisch bewähren sollen. Stumpfsinnigste Plackerei wird zum Abenteuer umgedeutet. Nachgeholfen wird mit materiellen Anreizen, Orden und allerlei Ehrungen, um die einmal geköderten Jugendlichen wenigstens zeitweilig bei Laune zu halten.

Die "neuen Leiden des jungen W.", die der Schriftsteller ULRICH PLENZDORF protokolliert hat, sind aber so nicht zu heilen, wie das tragische Ende des Edgar Wibeau exemplarisch zeigt. Wenigstens dieser eine widersteht dem System mit aller Konsequenz und vertritt seinen Anspruch auf einen mitbestimmten Lebensentwurf, der über die engen Grenzen seiner Privatwelt hinausweist.

Ob und wie sich die Architektur des Systems der Politökonomie ändern wird, wenn die Familie und die Ehe als tragende Pfeiler von Recht und Ordnung in ihrer überlieferten Form immer mehr ins Wanken geraten, bleibt abzuwarten. Daß aber jeder Wandel in den sittlichen Verhältnissen politische Folgen zeitigen wird, steht fest.

Tapferkeit oder Zivilcourage?

Aus Angst scheuen die meisten Menschen im Staatssozialismus davor zurück, öffentlich in der Wahrheit zu leben. Wo es moralisches Handeln gibt, da beschränkt sich dasselbe oftmals auf private Tugendhaftigkeit, Hilfsbereitschaft gegenüber Nachbarn, die gewissenhafte Erfüllung anerkannter Normen in Familie und Beruf. Indem wir stillschweigend in unserem Handeln auf Öffentlichkeit verzichten, halten wir uns an die von der geheimpolizeilichen Macht abgesteckten Grenzen.

270

Gegenüber dem Unrecht um uns herum bleiben wir taub und stumm. Durch Unterlassen werden wir mitschuldig an dem, was in unserer Umgebung politisch vor sich geht. Lieben wir ihn wirklich - unseren Nächsten? Schlüpfen wir nicht begierig, um unser Gewissen zu besänftigen, in die respektablen Rollen, welche die Gesellschaft für uns bereithält? Als "ehrlicher Arbeiter", "guter Vater", "gewissenhafte Buchhalterin", "sich aufopfernde Krankenschwester" und wie die zahlreichen Verkleidungen unseres wahren Ich alle heißen mögen, hinter denen wir unsere private Tugendhaftigkeit wahren wollen, schreiten wir emsig auf dem uns angewiesenen Pfad der Pflichterfüllung dahin. Der diesem sozialen Verhalten innewohnende Sinn, das ist der Sinn des Nichts-wissen-Wollenden. In der Begrenzung auf das Pflichtgemäße kommt Widerspruch erst gar nicht hoch. Es unterbleibt jeder Versuch einer freien, aus der Verantwortung heraus getanen Tat, die allein das Böse überwinden kann.

Dürfen wir aber, solange die geheimpolizeiliche Macht im Staatssozialismus allgewaltig ist, den bedingungslosen und öffentlichen Gebrauch der individuellen Vernunft unter allen Umständen fordern?

Wohl kaum. Wir können einfach nicht erwarten, daß ausgerechnet in einer Welt geheimpolizeilicher Tätigkeiten Menschen nur noch aus reiner Moralität heraus handeln. Zwar wird die Macht weiterhin mit der intellektuellen Redlichkeit einzelner rechnen müssen, die aufs Ganze gehen. Nicht weniger bedarf es aber der Ermutigung, im täglichen Leben die eigenen Überzeugungen gegen die Anmaßungen der Macht von Fall zu Fall öffentlich zu vertreten. Mit anderen Worten: was wir bitter nötig haben, sind Menschen mit Zivilcourage!

271

Die Tugend der Zivilcourage hat erst in der jüngsten Vergangenheit ihren festen Platz in den Normenkatalogen der universalistischen Ethik gefunden. Zivilcourage meint nicht die individuelle oder kollektive Rebellion gegen empörende Mißstände und Unterdrückung. Zivilcourage zeigt, wer damit anfängt, "sich aus der ihm beinahe zur

Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten". Für den, der die Macht hat, ist die Tugend der Zivilcourage dagegen entbehrlich. Der Machthaber bedarf ihrer nicht, will er seine "Wahrheiten" verkünden. Zudem sind couragierte Untertanen nicht mehr so ohne weiteres kuschbereit, sie "mucken auf", wie es im Jargon der Mächtigen heißt.

In Deutschland hat die Tugend der Zivilcourage noch immer Seltenheitswert. Schon der alte Bismarck soll zu seinem Mitarbeiter von Keudell gesagt haben: "Mut auf dem Schlachtfeld ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt." Bis heute ist es dabei im wesentlichen geblieben. Während die Tugend der Tapferkeit staatlicherseits ebenso wie in der Familie gefeiert wird, gerade so, als müßten wir uns alsbald wieder mal auf den Schlachtfeldern dieser Erde bewähren, ist der Kurswert der Zivilcourage niedrig. Wir lernen zwar, wie man Schmerzgefühle abwehrt und unter allen Umständen die eigene Angst verleugnet — wie man "ein tapferer Junge ist", haben aber in vergleichsweise harmlosen Lebenslagen nicht den Mut zur eigenen Meinung. Unsere Geschichtsbücher sind Sammlungen von Heldenbiographien. Tritt da aber einer aus seiner Unmündigkeit heraus und der Macht mitsamt ihren Einschüchterungen couragiert entgegen, ist das unseren Geschichtsschreibern selten der Rede wert.

272

Wie oft kommt es aber geschichtlich gerade auf das Handeln derer an, denen ihre Unmündigkeit beinahe zur zweiten Natur geworden ist. Es macht zudem einen Unterschied, ob der Mensch subjektiv aus der Rangtiefe heraus handelt oder ob da einer Widerstand leistet, der unter etwas anders gearteten politischen Umständen selber zum Kreis der Mächtigen zählen würde.

Gerade in der Zivilcourage zeigt sich ein moralisches Moment der Freiheit, das zutiefst menschlich ist. In Zeiten des Umbruchs etwa (die uns meist zum Vorbild für moralisches Handeln dienen), wenn die überlebten Ordnungen zusammenbrechen, entsteht meist im Gefolge der voranstürmenden sozialen Aktivisten ein Sog, in dem die vielen nur mitgerissen werden. Was mit ihnen geschieht, kann man schwerlich als tugendhaftes Handeln ansehen. Die Zeit der Zivilcourage liegt dazwischen. Zivilcourage ist in den geschichtlichen Abschnitten gefragt, in denen "Ordnung und Sicherheit" nicht in Gefahr sind. Dann hängt Entscheidendes für das menschliche Zusammenleben davon ab, ob Zivilcourage als Tugend gelebt wird.

Es leuchtet ein, wir alle brauchen Tugenden, nach denen wir unser Handeln richten. Ohne universalistische Normen und Werte sind wir hilflos den Zumutungen der Politbürokratie ausgeliefert, die sich durchaus nicht immer nur auf selbstsüchtige Interessen stützt. Es ist ja kein Zufall, wenn in der staatssozialistischen Gesellschaft allein heroische Tugenden wie "Heldentum", "Opferbereitschaft" usw. gepriesen

werden und in Lehrbüchern der Ethik nicht einmal das Wort "Zivilcourage" geschrieben steht.75) Durch diese Überhebung trefflichen Handelns ins schier Unerreichbare bleibt der gewöhnliche Alltag meist ungestört durch moralische Vorbehalte.

Natürlich kann auch im Staatssozialismus das notwendige "Zusammenfallen des Änderns" sowohl der bestehenden Verhältnisse als auch des menschlichen Handelns in der hier angedeuteten Richtung "nur als umwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden". So richtig aber diese Einsicht ist, sie darf nicht länger als Entschuldigung dafür dienen, daß wir nicht mit der erforderlichen Selbst-Veränderung beginnen. Gerade die Geschichte der neuzeitlichen Arbeiterbewegung liefert Beispiele genug, wie sich zunächst fortschrittliche Bewegungen in ihr genaues Gegenteil verkehrt haben, weil ihre Mitglieder nicht die psychischen Wurzeln der Vormundschaft bei sich selbst beseitigt haben. Moralisches Handeln ist ein Sprung vorwärts in der Bewußtheit der Menschen. Was immer wir an Charakterfehlern oder Schwächen besitzen — wir können uns ändern, umkehren. Darum geht es.

Wer auf eine menschlichere Form des Staatssozialismus hinwirken will, der darf die eigene Tugendhaftigkeit nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagen. Die Änderung der Verhältnisse allein — hier etwas weniger Zentralismus, da ein bißchen mehr Mitbestimmung — führt nicht weiter. Unser Unvermögen, konstruktiv und offen zu handeln, ist gewiß verschiedensten Umständen geschuldet. Aber diese Umstände wären nicht die, die sie eben sind, wenn nicht überall auch ein innerer angstbedingter Konformismus mit am Werke wäre, der uns ständig zuruft: nur nicht auffallen, es läßt sich sowieso nichts machen, sieh dich vor ... Die Tugend, die diesen Konformismus überwindet, ist die Zivilcourage.

274

=======Ende ... alternativen Handelns=======

14. Zur Neugliederung des Staatsozialismus — ein Entwurf

Rolf Henrich, 1988

275-304

Bei aller Skepsis gegenüber der Möglichkeit einer grundsätzlichen Reformation des Staatssozialismus will ich dennoch zum Abschluß meiner Überlegungen den Versuch unternehmen, **in die Zukunft zu denken**, und der Frage nachgehen, wie denn menschlichere und demokratischere Verhältnisse beschaffen sein müßten.

Eines ist sicher:

Zum Besseren werden sich die Verhältnisse nur wenden, wenn es gelingt, die Entwicklung des Systems wieder mit der beeinflußbaren Wirklichkeit und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen zusammenzuschließen. Anstelle der unter der Parole des "demokratischen Zentralismus" betriebenen Übersetzung der Systemzwänge in die Lebenspraxis der Menschen muß von dieser her ein vernünftiger Einfluß auf das System ausgeübt werden.

Wie dieser Einfluß der Lebenswelt auf das System aussehen könnte, kann man sich gut vor dem Hintergrund der tatsächlichen Planungspraxis im Staatssozialismus klarmachen. Diese ist ja dadurch gekennzeichnet, daß der zentral erarbeitete "Planentwurf" die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung und die entscheidenden Prioritäten und Proportionen von vornherein festschreibt.

Worüber außerhalb der Reihen der Politbürokratie nurmehr beraten werden darf, ist, wie die Plankennziffern übererfüllt werden können. Ob wir in die Kfz-Industrie oder den Ausbau des Schienennetzes der Eisenbahn, ob wir in die Volkswirtschaft oder die Rüstung investieren, ob wir dem Umweltschutz unsere Aufmerksamkeit zuwenden wollen oder nicht - Fragen dieser Art stehen prinzipiell außerhalb der öffentlichen Diskussion. Gerade die Beantwortung dieser Art Fragen muß aber vor jeder Planausarbeitung dem Vetodruck öffentlicher Diskurse ausgesetzt werden. Nicht innerhalb, sondern grundsätzlich außerhalb des Systems der Politökonomie müssen die tragenden Prämissen ausgehandelt werden, anhand derer die Planer ihre Entwürfe fertigen.

Wollen wir das alte Menschheitsziel einer "Überführung der politischen Regierung über Menschen in eine Verwaltung von Dingen und eine Leitung von Produktions-

prozessen" nicht in das Nirgendwo rosaroter Sehnsuchtslandschaften verlegen, dann dürfen wir uns nicht scheuen, den Punkt zu benennen, von dem aus in der Gegenwart der Ausbruch aus dem Gehäuse bürokratischer Hörigkeit beginnt.

Ich denke, es ist – so bescheiden das klingen mag – der öffentliche Diskurs, der in allen gesellschaftlichen Bereichen in Gang gebracht werden muß. Erst in dem Umfang, wie über öffentliche Diskurse die Ziele und Formen des Zusammenlebens im Staatssozialismus bestimmt werden, kann von einer Transformation des Politischen, einem ersten Schritt in Richtung einer Assoziation der Menschen in Freiheit gesprochen werden.

276

Wer gedanklich die Richtung der notwendigen Umgestaltung im Staatssozialismus vorzeichnen will, wird dann, wenn er es praktisch meint, gar nicht alle Einzelfragen beantworten können, welche die Praxis in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung stellt. Um die Beantwortung einer Frage kommt jedoch keine Erörterung der zukünftigen Daseinsbedingungen im Sozialismus herum: Welcher Neugliederung bedürfen die sozialistischen Verhältnisse, damit unser Gesellschaftskörper von den ihn schwächenden und verunstaltenden sozialen Pathologien saniert werden kann?

Vor allem muß der soziale Organismus so gestaltet werden, daß bereits vom Wesen dieser Neugliederung her das "Gefesseltsein an den Boden und die Maschinerie" mitsamt "Mauer", der ideologische Dogmatismus, die Rechtlosigkeit ebenso wie die anderen Anachronismen innerhalb des Geistes- und Wirtschaftlebens überwunden werden. Ganz sicher müßte auch wieder die wirtschaftliche Tüchtigkeit wachgerufen werden.

Ganz gleich, wie man die Sache betrachtet, die Fülle der zur Lösung anstehenden Probleme ist riesengroß. Man wird sie aber in ihrer Mehrzahl nur dann bewältigen können, wenn ohne jeden Vorbehalt die entscheidende Konsequenz gezogen wird, den "vormundschaftlichen Staat", der ja zum überwiegenden Teil für die Probleme verantwortlich ist, wenigstens in dem Umfang "absterben" zu lassen, wie er mit seinen Apparaten und Politiken das Geistes- und Wirtschaftsleben tyrannisiert. Die zu erringende Freiheit kann heute, wie Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms geschrieben hat, nurmehr darin bestehen, "den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln ...".76

277

Am Beginn jeder sozialen Erneuerung und vor ökonomischen Reformen muß daher die Einrichtung einer gesellschaftlichen Kontrolle über diejenigen Staatsparasiten

stehen, deren fachmännischer Handhabung von Maulkorb und Knebelkette wir die anhaltende Friedhofsruhe in unserem Lande verdanken. Hierin muß der erste Schritt für einen Wandel zur Freiheit im Staatssozialismus bestehen. Der lähmende Einfluß der überdimensionalen Sicherheitsapparate muß zurückgedrängt und der Kaderbestand der Dienste sowie deren Reproduktion der Entwicklung der wirklichen Kriminalität in der Gesellschaft angepaßt werden.

Es fragt sich nun:

Welche Umwandlung wird der sozialistische Staat erfahren, wenn er im Geistesleben und in der Wirtschaft planmäßig zum "Absterben" gebracht wird? Mit anderen Worten, welche Aufgaben bleiben dem Staat und seinen Organen vorbehalten, die den jetzigen Staatsfunktionen entsprechen? Logischerweise wird sein Betätigungsfeld erheblich schrumpfen. Aus der (ständig wachsenden) Rolle des Volkserziehers und Wirtschaftsorganisators wechselt der Staat dann zwangsläufig in die eher schon wieder liebenswürdige Rolle des bloßen "Wächters", der nach innen die demokratischen Formen garantiert; in denen sich Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Gruppierungen zueinander ins Verhältnis setzen.

Wird der sozialistische Staat in dieser Weise aus dem Geistesleben und der Wirtschaft als eine diesen Verhältnissen wesensfremde Kraft zurückgenommen, so kann der soziale Organismus in diesen beiden Gliedern Zug um Zug eigene Selbstverwaltungen ausbilden. Im Ergebnis wird eine Dreigliederung in die gegeneinander verselbständigten Bereiche Geistesleben — Wirtschaft — Staat entstehen. Auf diese Idee der Dreigliederung weist bereits im Denken der Aufklärung wie des Marxismus vieles hin. Ihre konsequenteste Ausformung hat sie zu Beginn dieses Jahrhunderts durch Rudolf Steiner erfahren.

278

Geistesleben

Mag unter der erforderlichen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Konkreten auch durchaus Unterschiedliches verstanden werden — Übereinstimmung besteht vermutlich bei allen reformwilligen Kräften dahingehend, daß durch die Umgestaltung und die damit verbundene Ausschaltung der "kulturell-erzieherischen" Funktion des Staates dieselben Menschen zu selbstbestimmtem Handeln gerufen werden sollen, die derzeit oftmals noch widerspruchslos in der Unmündigkeit verharren.

Nicht die Wünsche des sozialistischen Staates, der heute zum Haß auf den vermeint-

lichen Klassenfeind aufruft, morgen dagegen unsere Jugend zur Liebe gegenüber ständig wechselnden "Bruderparteien und Brudervölkern" erziehen will, würden dann weiter die Orientierung des Bildungs- und Erziehungswesens bestimmen. Es wären dann im Prinzip universalistische, menschheitspädagogische Gesichtspunkte, die allmählich in den Vordergrund rücken und die Richtschnur für das kulturelle Handeln liefern würden.

Wilhelm von Humboldt hat in klassischer Weise das Ziel beschrieben, dem ein solches, von staatlicher Bevormundung befreites Geistesleben entgegengeht:

> "Wenn wir eine Idee bezeichnen wollen, die durch die ganze Geschichte hindurch in immer mehr erweiterter Geltung sichtbar ist, wenn irgend eine die vielfach bestrittene, aber noch vielfach mißverstandene Vervollkommnung des ganzen Geschlechtes beweist, so ist es die Idee der Menschlichkeit: das Bestreben, die Grenzen, welche Vorurteile und einseitige Ansichten aller Art feindselig zwischen die Menschen gestellt, aufzuheben, und die gesamte Menschheit, ohne Rücksicht auf Religion, Nation und Farbe, als einen großen, nahe verbrüderten Stamm, als ein zur Erreichung eines Zweckes, der freien Entwickelung innerlicher Kraft, bestehendes Ganzes zu behandeln. Es ist dies das letzte, äußerste Ziel der Geselligkeit, und zugleich die durch seine Natur selbst in ihn gelegte Richtung des Menschen auf unbestimmte Erweiterung seines Daseins."77

279

Ein an solchen Gesichtspunkten durchgängig orientiertes Geistesleben könnte schrittweise den Bewußtseinswandel befördern, der nötig ist, um die Seiten des deutschen Gesellschaftscharakters auszugleichen, die sich mit der "Verpreußung Deutschlands" herausgebildet haben und die im Staatssozialismus lediglich unter anderem Namen weiterentwickelt wurden. Anstelle der Begeisterung für "Organisationen", "preußischen" Gehorsam oder "Klassen- und Parteidisziplin" würde die Bereitschaft in der menschlichen Seele geweckt, durch persönliches Eingreifen die sozialistischen Verhältnisse so zu verändern, daß die Menschen wirklich wieder in solidarischer Weise neben- und miteinander leben können.

Allein durch seine Unabhängigkeit wird das gesamte Geistesleben in die Lage versetzt, wirklich von sich aus bestimmend durch die "Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint", in das Staats- und Wirtschaftsleben hineinzuwirken. Denn nur die Selbstverwaltung verspricht Verhältnisse, welche die wirklich "freie Entwicklung der Individualitäten" garantieren gegen die Zumutungen der Politbürokratie, deren

borniertes Interesse immer wieder nur auf Menschen abzielt, die den Erfordernissen des bürokratischen Betriebs entsprechen.

Hier, im Bereich eines selbstverwalteten Geisteslebens, wäre zugleich derjenige kulturelle und soziale Raum gegeben, aus dem heraus die Menschen unbehindert durch staatliche oder wirtschaftliche Macht im Rahmen einer diskursiv geführten permanenten Volksaussprache die obersten Werte des im Staatssozialismus geltenden Weltbildes verändern könnten, damit so die Weichen für die materielle Produktion neu gelegt werden. Die "allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes" könnten dann einmal real zum Wegweiser aus einer ebenso unsozialen wie umweltfeindlichen Ökonomik werden.

Verliert der sozialistische Staat seine "kulturell-erzieherische" Funktion, dann wird es Sache des Geisteslebens selbst sein, aus sich heraus die angemessenen Regelungen für die Rekrutierung seiner Leiter zu treffen. Es schafft sich dann seine eigene Zentralverwaltung und -vertretung, der es obliegt, gleichberechtigt mit den Vertretern des politischen Staates und der Wirtschaft zu kooperieren und zu verhandeln.

Heute ist die Zeit herangereift, in der jedes Geistesleben mit allen seinen Gliederungen (also nicht nur ein paar Schriftsteller oder Lieblingsprofessoren der Politbürokratie), sobald es sich einmal ungehemmt entfalten darf, beinahe zwangsläufig die Tendenz zum kulturellen Austausch über die Staatsgrenzen hinweg entwickelt. Für die deutsche Kultur gilt diese Feststellung immer schon. Nur durch den Austausch über die Grenzen hinweg kann die "kulturelle Verödung" der sozialistischen Gesellschaft rückgängig gemacht werden.

281

Wirtschaftsleben

Was für das Geistesleben im Staatssozialismus gilt, trifft in großen Zügen ebenfalls für die Zentralplanwirtschaft zu. Welche für die Politbürokratie unüberwindbaren Hindernisse bezüglich der Entfaltung wirtschaftlicher Initiativen allein daraus entstehen, daß die Arbeitsteilung zwischen leitender und ausführender Arbeit Herrschaftscharakter angenommen hat, ist am Beispiel der Staatsplanung deutlich geworden. Deshalb gilt in der Ökonomie wie im Geistesleben: Je schneller der Staat hier durch die sozialistische Gesellschaft zurückgenommen wird, um so besser.

Selbstverwaltung der Wirtschaft im Rahmen eines dreigegliederten sozialen

Organismus würde zunächst bedeuten: Die Wirtschaft könnte endlich wieder ihrem eigenen Takt folgen, brauchte sich also nicht mehr weiter um die jeder Planmäßigkeit den Boden entziehenden Sonder- und Prestigevorhaben der politischen Klasse zu kümmern. Wirtschaftliche Tätigkeit würde sich anhand von Sachgesichtspunkten organisieren. Allein die formale Loslösung der Wirtschaft vom Staat hätte also bereits ihre positiven Wirkungen. Wer die sozialistische Wirtschaft im Alltag erlebt hat, wird derlei Entlastungen der wirtschaftlichen Tätigkeit gewiß nicht geringschätzen.

Zwar wäre damit wenigstens eine Quelle des wirtschaftlichen Durcheinanders und des Mißmuts bei den Produzenten verstopft, die dringend benötigte freie Initiative der wirtschaftenden Menschen könnte so aber kaum durchgreifend aktiviert werden. Um Initiative in großem Umfang freizusetzen, bedarf es schon einer Neuordnung der Besitz-, Nutzungs- und Verfügungsbefugnisse über die Produktionsmittel, in deren Rahmen diese soweit wie nur möglich wieder an befähigte Menschen übertragen werden.

282

Es ist das zentrale Problem jeder Neuordnung des sozialistischen Wirtschaftslebens, daß der Grundsatz "Jeder nach seinen Fähigkeiten" ernst genommen wird. Das aber setzt Aneignungsbeziehungen voraus, in denen sich vom Staat unabhängige freie Unternehmer (oder Gruppen von Unternehmern) entwickeln können, die keine Kapitalisten sind und werden wollen.

Wie ist das möglich?

Wenn die Übertragung operativen Eigentums an Produktionsmitteln auf freie Unternehmer wegen ihrer Fähigkeiten erfolgt, nicht aber durch privaten Kauf oder Erbschaft, dann ergibt sich daraus bereits, daß diese Form des Eigentums dann endet, wenn sich die einmal vorausgesetzten Fähigkeiten nicht mehr bewähren: dann z.B., wenn der Betrieb in Konkurs geht oder der Unternehmer in Rente. Ebenso ergibt sich daraus, daß die Auslese dieser Wirtschaftskader ausschließlich nach Sachgesichts-punkten, keinesfalls aber nach Parteizugehörigkeit oder ähnlichen Kriterien erfolgt.

Die auf diese Weise neu begründeten Fondsinhaberschaften verpflichten und berechtigen die sozialistischen Unternehmensleiter dazu, über die ihnen übergebenen Produktionsmittel zweckgerichtet nach ökonomischen, sozialen und ökologischen Kriterien zu verfügen. Operatives Eigentum in dieser Form ist funktional und als Recht befristet, es verbleibt nur so lange in der Verfügungsmacht des Unternehmers, wie der es funktionsgemäß anwendet.

Mit dem operativen Eigentum verbindet sich also ein Rechtsregime, welches ein

originäres subjektives Bewirtschaftungsrecht beinhaltet und den Unternehmer dazu legitimiert, mit den von der Gesellschaft übernommenen, separierten Fonds im eigenen Namen und für eigene Rechnung zu operieren, für diese Fonds eigene Verantwortung zu übernehmen, über ihren konkreten Bestand und die Verwertung der Fondsbestandteile zu disponieren und ihre Reproduktion zu gestalten. Über die Frage der Entlohnung sowohl des Unternehmers als auch des Betriebskollektivs wird von unabhängigen gesellschaftlichen Räten entschieden.

283

Was hier vorgeschlagen wird, ist in seiner formalen Struktur keineswegs so neu, wie es vielleicht dem ersten Blick erscheinen mag. Wir haben in der bestehenden **Eigentumsordnung** des Staatssozialismus derzeitig schon verschiedene Rechtsformen, die den angedeuteten Forderungen nach allergrößter Selbständigkeit im Wirtschaften weit entgegenkommen. So beruht z.B. die persönliche Hauswirtschaft der in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft Beschäftigten großenteils auf operativem Eigentum.

(Ferkel und Kälber für die Mast, Wirtschaftsgebäude, Futtermittel, landwirtschaftlicher Boden sowie schweres Gerät zu seiner Bearbeitung werden über die Zeit der produktiven Mitarbeit in den Genossenschaften hinaus an deren Mitglieder übergeben — wohlbemerkt, es handelt sich dabei meistens nicht um den ehemals, von Eltern oder anderen Angehörigen eingebrachten Boden usw.)

Der Ort der Verantwortung würde nach einer solchen Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse endlich wieder dort liegen, wo man ihn trotz aller krampfhaften Bemühungen um die "Schaffung" eines sozialistischen Eigentümerbewußtseins, das ohne Übertragung von Eigentum eben nicht zu haben ist, niemals zu suchen wagte, weil man da immer nur Egoismus und materielle Begierden sehen wollte; er liegt dann wieder in der Person der Unternehmenden selber. Man muß natürlich Vertrauen in den sozialistischen Unternehmer setzen. Man muß Vertrauen haben, daß die erstarrten wirtschaftlichen Strukturen allmählich beweglicher werden und daß die Hauptkraft dieses Lockerungsprozesses ein erstarkender unternehmerischer Mittelstand sein kann.

284

Der unternehmerisch Wirtschaftende, der, weitestgehend unbehelligt vom Staat, wieder nach ökonomischen Motiven handelt, tritt in ein näheres Verhältnis zur wirtschaftlichen Praxis ein, als der im zentralisierten System der Lenkung und Leitung tätige Funktionär es jemals könnte. Auch der einzelne Unternehmer muß natürlich planen. Aber vor allem muß er gestaltend in das Betriebsgeschehen eingreifen. Das Geplante an das Wirkliche zu binden und durch diese Verbindung es zur Praxis zu vergegenständlichen, das ist ihm die Eigenart allen wirtschaftlichen Handelns, eine

Eigenart, die bürokratisierte Berufsgruppen so nicht mehr kennen.

Bei der hier vorgeschlagenen Umgestaltung handelt es sich nicht um die Wiederbelebung kapitalistischer Strukturen. Ziel einer derartigen Neugestaltung des Wirtschaftslebens ist primär die Nutzung des sozialistischen Eigentums auf der Grundlage individueller Fähigkeiten, wodurch die bisher völlig unbefriedigende Effektivität und mangelnde Anpassungsfähigkeit unserer Ökonomik an die Bedürfnisse des Lebens gehoben werden soll. Die Umgestaltung des Wirtschaftsprozesses soll gewährleisten, daß möglichst alle vorhandenen individuellen Fähigkeiten zugunsten der Gesellschaft mobilisiert werden.

Die Einbringung dieser Fähigkeiten in das Wirtschaftsleben kann aber nur so erfolgen — darin besteht ja die entscheidende Lehre, die man aus der vierzigjährigen Praxis des deutschen Staatssozialismus ziehen muß —, daß die wirtschaftlich Befähigten sie aus ihrer freien Initiative heraus zur ökonomischen Wirksamkeit bringen. Was nicht der selbständigen Initiative entspringt, was letztlich nur durch bürokratische Apparate angewiesen wird, das wurde noch niemals unter Einsatz der ganzen Person realisiert, in der Wirtschaft ebensowenig wie anderswo.

285

Erst im Rahmen einer in dieser Form reformierten Eigentumsordnung des Sozialismus kann sich wieder auf breiterer Basis eine Gesinnung herausbilden, der es nicht mehr darum zu tun ist, auf die bequemste Art und Weise und bei möglichst geringer Leistung den größtmöglichen persönlichen Vorteil zu erlangen, sondern deren ganzes Streben wieder weit über den eigenen Nutzen und Egoismus hinausreicht. Es wäre dann gleichsam die Idee des Güterschaffens, des tatsächlichen Nutzens, die zum wesentlichen Antrieb wird.

Eine solche Gesinnung kann mit Sicherheit nicht lediglich durch eine Erhöhung des Einkommens erzeugt werden. Eher schon resultiert der Antrieb zur Leistung aus dem schöpferischen Charakter wirklich unternehmerischer Arbeit. Das so manchen hochdotierten Künstlern nachgesagte Apercu, sie würden selbst dann noch ihrer Kunst nachgehen wollen, wenn sie dafür etwas bezahlen müßten, beleuchtet wahrscheinlich in gewisser Weise die Lage vieler Menschen, die eine sie innerlich befriedigende Arbeit verrichten, besser als langatmige psychologische Erklärungen.

Es ist also keinesfalls primär die materielle Interessiertheit begabter Leiter, die mit der Schaffung operativen Eigentums angesprochen werden soll. Zwar hebt die Mehrheit der Kritiker des Staatssozialismus den mangelhaften Ausbau des geltenden Systems der materiellen Stimulierung in der sozialistischen Wirtschaft immer wieder hervor, womit dann zumeist auch gleich das Allheilmittel gegen deren Antriebsschwächen

gegeben ist. Doch in der gegenwärtigen Situation drängen die sozialistischen Verhältnisse durchaus nicht mehr nur danach, die materiellen Begierden der Menschen anzustacheln, damit diese ihre Fähigkeiten für die Allgemeinheit anwenden.

286

Wieder eigener Einsicht zu folgen beim Einsatz der persönlichen Fähigkeiten, darin dürfte für den freien Menschen wohl ein ganz anderer Anreiz liegen, als ihm das Geld jemals wird bieten können. In einem sich aus dem Geiste erneuernden Sozialismus würden die Hauptantriebskräfte für jedes Tun in letzter Instanz in einem aus dem freien Geistesleben herkommenden sozialen Verständnis wurzeln. Daraus aber werden Anreize ganz anderer Art gewonnen als aus der bloßen Befriedigung des materiellen Begehrungsvermögens.

Hier wird deutlich: Rücknahme des Staates und damit der Macht als Steuerungsmedium im System der Arbeitsteilung muß nicht zwangsläufig zur Erweiterung des Geldverkehrs fuhren, wenn Einkommen und Arbeit in bestimmter Weise auseinandergehalten werden.

Mit der bloßen Erweiterung des Geldverkehrs und der Ausdehnung der Marktbeziehungen wäre vermutlich auch nur eine Verschiebung der bestehenden sozialen Probleme, nicht aber die Gesundung des ganzen Gesellschaftskörpers zu erreichen. Die Bedeutung der Macht und des Geldes wird in dem Maße reduziert werden, wie sich allmählich das Primat des Geisteslebens durchsetzt. Und je nachdem wie gut es aus dem Geistesleben heraus gelingt, die innere Kultur der Menschen zu entwickeln und den bisher naturwüchsig wirkenden Zwang des Haben-Wollens zu brechen, können humane Prinzipien in viele Lebensbereiche vordringen.

Mit der Eigentumsfrage ist der ökonomische Nerv jeder politbürokratischen Herrschaft getroffen. Aber gerade um die Eigentumsfrage kann sich keine Alternative zum Bestehenden herumdrücken. Wenn wir uns diesem Problem ernsthaft stellen, **dann taucht unvermeidlich die Frage jeder Selbstverwaltung auf: Wer darf was entscheiden?**

287

Verdeutlichen wir uns zunächst, welche gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt durch unternehmerisches Entscheidungsverhalten direkt betroffen sind, sobald es erst einmal zur Loslösung des geistigen und staatlichen Lebens von der Wirtschaft kommt. Selbstverwaltung der Wirtschaft heißt ja in diesem Rahmen nichts anderes, als daß sich der Gegenstand der Wirtschaftsleitung in der Organisation der Warenproduktion, des Warenaustauschs (mitsamt Ex- und Import) und des Warenkonsums erschöpft.

Durch das mit diesem Wirtschaftskreislauf hergestellte Ordnungsgefüge darf jedoch nicht mehr länger, so wie das bisher der Fall ist, die Regelung der Rechtsbeziehungen der wirtschaftenden Menschen zueinander vorweggenommen werden. Die Rechtssetzung darf weder nur der Reflex der wirtschaftlichen Verhältnisse noch allein der Willensausdruck irgendeiner besonderen Berufsgruppe sein, selbst nicht in den Gestaltungen, in denen das Recht in den Wirtschaftsprozeß regulierend eingreift. Rechtsbeziehungen können in der Moderne nur noch auf demokratischer Grundlage geregelt werden, was aber die Mitwirkung aller Bürger, also auch der Bürger, die nicht im Arbeitsprozeß stehen, verlangt.

Damit sind bereits Grenzen gesetzt, über die hinweg unternehmerisches Entscheidungsverhalten nicht wirken kann und soll. "Wie die Natur Vorbedingungen schafft, die außerhalb des Wirtschaftskreises liegen und die der wirtschaftende Mensch hinnehmen muß als etwas Gegebenes, auf das er erst seine Wirtschaft aufbauen kann, so soll alles, was im Wirtschaftsbereich ein Rechtsverhältnis begründet von Mensch zu Mensch, im gesunden sozialen Organismus durch den Rechtsstaat seine Regelung erfahren, der wie die Naturgrundlage als etwas dem Wirtschaftsleben selbständig Gegenüberstehendes sich entfaltet."78

288

Für die Menschen im Staatssozialismus ist es von größter Wichtigkeit, daß die in der Produktion, dem Austausch und der Konsumtion geltenden wirtschafts- und arbeitsrechtlichen Normen in einem von der Wirtschaft und ihrer Leitung unabhängigen sozialen Bereich, der nicht nur "Überbau" der Ökonomik ist, auf demokratischer Grundlage festgelegt werden. Denn erst, wenn das gesichert ist, besteht für sie die Garantie, daß die ihnen zugebilligten Rechte in ihrer Wirklichkeit nicht mehr durch täglich wechselnde Zweckmäßigkeitserwägungen eingeschränkt werden können.

Unternehmerische Tätigkeit, die nicht zu einer Restauration kapitalistischer Verhältnisse, sondern die statt dessen zur Vergesellschaftung der im Staatssozialismus verstaatlichten Ökonomie beitragen will, muß von vornherein sichern, daß die menschliche Arbeitskraft nicht zur Ware oder zum Objekt unternehmerischer Macht degeneriert.

Gilt das erforderliche unternehmerische Handeln vorrangig dem Arbeitsprozeß sowie den produzierten Mitteln zur Bedürfnisbefriedigung, also der gebrauchswertmäßigen Seite des Wirtschaftens, und nicht so sehr dem Verwertungsprozeß, der Produktion von Mehrwert (bezogen auf Arbeit und Lohn) respektive von Profit (bezogen auf das investierte Kapital), ist die Gefahr gering, daß die Arbeit in unveränderter Form ihren Doppelcharakter beibehält und damit zur Ware werden kann. Soviel ist sicher: Man kann nicht im Zuge der Neugestaltung unserer Eigentumsverhältnisse die menschliche

Arbeitskraft ihres Objektcharakters entkleiden wollen, wenn man nicht gleichzeitig eine Praxis betreibt, die das Interesse des sozialistischen Unternehmers gebrauchswertmäßig orientiert.

289

Wie ließe sich eine solche Praxis entwickeln?

Für die ökonomische Umgestaltung in der hier gewiesenen Richtung könnte als Initialzündung zur Umwälzung der staatssozialistischen Eigentumsbeziehungen die Neutralisierung des erwirtschafteten Mehrprodukts dienen. Wenn das Mehrprodukt als Bestandteil des Nationaleinkommens weder automatisch über den Staatshaushalt verteilt wird noch in das Privateigentum der Unternehmer übergeht, sondern in einem gesonderten Fonds der Gesellschaft konzentriert wird, entfällt die Möglichkeit, auf seiner Grundlage Staats- oder Unternehmermacht unkontrolliert aufzustocken.

Wie das Mehrprodukt verteilt wird, in welchem Umfang mit Hilfe des Mehrprodukts konsumtive und kulturelle Bedürfnisse der Werktätigen innerhalb und außerhalb der Produktion befriedigt werden, welche Anteile des Mehrprodukts für die Erweiterung der Produktion, die Bildung von Reserven, als materielle Basis für die nichtproduktive Sphäre, für die Sicherung der Landesverteidigung, für die Wissenschaft, die Kultur und anderes Verwendung finden, kann die Politbürokratie nicht richtig entscheiden, das können auch sozialistische Unternehmer nicht bestimmen, das können allein gesellschaftliche Räte festlegen, in denen sämtliche betroffenen gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind.

Für eine den großen Menschheitsproblemen angemessene Fortentwicklung des Wirtschaftslebens ist die Schaffung wirklich gesellschaftlicher Räte unabdingbar. Nur sie könnten die Einseitigkeiten des bisher lediglich durch Macht- oder Marktinteressen gelenkten blinden Wirtschaftswachstums überwinden. Sie könnten die sozialen und umweltbedingten Kosten des Wirtschaftswachstums einigermaßen ehrlich kalkulieren, ohne dabei durch betriebliche oder politische Abhängigkeiten allzu sehr behindert zu sein.

290 / 291

Für die Vertiefung des gesellschaftlichen Charakters eines derartigen Entscheidungsgremiums ist es entscheidend, daß in jedem gesellschaftlichen Rat die Vertreter des freien Geisteslebens eine der überragenden Bedeutung ihres Bereichs entsprechende Position innerhalb des Interessenspektrums beziehen. Auf diese Weise wird die Gefahr in Grenzen gehalten, daß die Selbstverwaltung der Wirtschaft ähnlich wie in Jugoslawien lediglich zu einer Teilung der sozialökonomischen Macht zwischen der

politischen Klasse auf der einen Seite und dem betrieblichen Management auf der anderen Seite führt.

Gleichzeitig wird die gesamtgesellschaftliche Wirksamkeit des Geisteslebens enorm erhöht, da solche Räte dem Geistesleben die Gelegenheit bieten würden, seine kulturellen und sozialen Impulse in den Arbeitsalltag einzubringen. Zudem könnte sich das Geistesleben von der immer nur interessengeleiteten Finanzierung durch den Staatshaushalt befreien, da es seine Mittel direkt von der Gesellschaft erhalten würde. Es könnte seine eigene Praxisfremdheit verringern.

Aussagen über die Zukunft des Sozialismus, gerade auch die hier getroffenen Voraussagen über seine ökonomische Umgestaltung, werden wohl immer und in jeder Form Streit hervorrufen. Das ist nicht weiter überraschend. Aussagen über die Zukunft beweisen allerdings nicht zuletzt dadurch ihren Willen zur Sachlichkeit, daß sie sich dem Meinungsstreit stellen. Wir können in einem solchen Meinungsstreit nach Wahrheit streben, und wir werden das auch tun. Was wir aber niemals erreichen werden, ist Sicherheit! Alles was wir im Interesse der Wahrheit tun können, ist, daß wir uns jederzeit für andere Meinungen offenhalten und gegebenenfalls bereit sind, die eigene Auffassung zu berichtigen.

291

In diesem Sinne rechnet die hier vorgeschlagene Umgestaltung der Wirtschafts-verhältnisse nicht nur mit Zustimmung, sondern sie erwartet das kritische Gespräch. Das darf aber eben niemals heißen, daß wir, wie so viele Skeptiker meinen, mit unserem Denken an der Welt, so wie sie ist, haftenbleiben. Für diejenige Umgestaltung, um die es hier geht, kann es sich nicht um das reine Registrieren oder die glatte Fortschreibung des Vorhandenen handeln, sondern allein darum, die Praxis von morgen vorzudenken.

Macht man sich das ausreichend klar, dann ist auch der Gedanke einleuchtend:

Alles, was bis hierher gesagt wurde, gründet sich nicht bloß auf die geforderte Neugestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln, sondern setzt in demselben Maße die Umgestaltung des menschlichen Bewußtseins der an diesem Prozeß Beteiligten voraus.

Dem sichtbaren Werk der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse muß, vielleicht weniger sichtbar, der nach innen hin verwandelte Mensch gegenüberstehen. Wirklich gültige Produktionsverhältnisse setzen in der Gegenwart die Weiterentwicklung der inneren Kultur des Menschen voraus, und die zu einer höheren inneren Kultur führende Verwandlung des Menschen erfordert immer auch die Steigerung unseres

Bemühens um das uns in der Welt aufgegebene Werk. So bedingen sich innerer Weg und äußeres Tun stets wechselseitig.

Als wirklich gelungen könnte die in diesem Kapitel vorausgedachte Umgestaltung der Produktionsverhältnisse ohnehin nur dann gelten, wenn sie in vollendeter Weise praktisch in Gang setzt, was die Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus verkörpern will. In diesem Sinne wären die gesellschaftlichen Räte nur dann eine wirklich gültige soziale Form, wenn sich in ihnen die Kräfte durchsetzen könnten, die aus ihrem Wesen heraus nach einer erneuerten Menschengemeinschaft streben.

292

Rechtsstaat und demokratisches Leben

Unmittelbar nach Kriegsende orientierte sich die Machtpolitik der Staatspartei in der DDR zunächst an der Idee, der neugegründete Staat sei Ausdruck einer "Diktatur des Proletariats". Besonders brauchbar war die Idee einer solchen "Diktatur" schon deshalb, weil man mit ihr ohne viel Umschweife beinahe jede Ungesetzlichkeit rechtfertigen konnte, sobald diese nur ein vermeintliches "Klasseninteresse" der Arbeiter- und Bauernklasse zu befriedigen schien. Und, nicht zu vergessen, die Formel der "Diktatur" war bestens geeignet, noch die letzten Skrupel zu unterdrücken, die bei der Anwendung der Staatsmacht aufkamen.

Stillschweigend aus dem Verkehr gezogen wurde der Ausdruck erst, nachdem der sozialistische Staat bereits in systematischer Form in allen Sphären der menschlichen Tätigkeit seine Hierarchie proklamiert und praktisch durchgesetzt hatte. Seither wurde weniger auftrumpfend, dafür wissenschaftlich verbrämt von der "gesetzmäßig wachsenden Rolle" des sozialistischen Staates bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gesprochen.

Obwohl erst unlängst auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der Staatspartei (1988) diese Formel durch das gefälligere und propagandistisch reizvollere Etikett "Die DDR — ein sozialistischer Rechtsstaat" ersetzt wurde, gilt dennoch uneingeschränkt die Politik weiter, welche die nunmehr propagandistisch verbrauchte Formel signalisieren wollte. Noch immer fungiert der sozialistische Staat als der "Wirtschafter" (wirtschaftlich-organisatorische Funktion) und "Volkserzieher" (kulturell-erzieherische Funktion). Im geltenden Programm der Staatspartei heißt es dazu:

293

> "Der sozialistische Staat leitet die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft, fördert den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und das

> stetige Wachstum der Arbeitsproduktivität. Durch den Staat werden die sozialistischen Produktionsverhältnisse, die kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Werktätigen entwickelt, das Bildungs- und Kulturniveau und das sozialistische Verantwortungsbewußtsein erhöht. Immer größeres Gewicht erhalten die sozialpolitischen Aufgaben des Staates."

Mit derartigen programmatischen Erklärungen umschreibt die Staatspartei durchaus realistisch den von ihr verantworteten Prozeß der Verstaatlichung unserer Gesellschaft. Der darin zum Ausdruck gebrachte Staatsfetischismus mußte, je länger dieser sich in der Praxis vergegenständlichen konnte, für die Lebensfähigkeit des sozialen Organismus immer bedrohlicher werden. Denn heutzutage entspringt das Gesellschaftsleben ganz anderen Quellen des sozialen Seins, als sie der Staat jemals erschließen kann.

Insoweit ist es leicht zu verstehen, warum das "Gefesseltsein an Boden und Maschinerie" mitsamt "Mauer", ja man könnte sagen, die "Geschlossenheit" der staatsbedingten Gesellschaft insgesamt, in gleicher Weise Ergebnis und Voraussetzung einer Verstaatlichung der Gesellschaft sind. Durch deren Verschmelzung mit dem Staat mußten sich schließlich proportional zu diesem Prozeß die beschriebenen Formen des außerökonomischen Zwangs in gesellschaftlichen Bereichen festsetzen, die sich vordem aufgrund ganz anderer Antriebskräfte entwickelt haben. Man kann sich ja gerade noch vorstellen, wie der sozialistische Staat die "Produktionsverhältnisse" entwickelt.

294

Wie er jedoch mit "staatlichen" Mitteln die "kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe" fördern will, ist schwer vorstellbar. Was da nur immer wieder herauskommen kann, ist jenes scheinheilige Getue, das wir als ökonomische und kulturelle Selbstverpflichtungsbewegung zur Genüge kennengelernt haben. und das kein Mensch mehr für voll nimmt. Man kassiert die ausgesetzten Prämien ab und redet nicht mehr darüber.

Der Prozeß der Verstaatlichung muß, wenn unser Gesellschaftskörper wieder gesunden soll, einem Prozeß der Vergesellschaftung weichen: der geforderten schrittweisen Verselbständigung des Wirtschaftens und des Geisteslebens. Was aber soll aus dem sozialistischen Staat werden, wenn dieser sich aus seinen bisherigen Tätigkeiten (Funktionen) im sozialen Organismus in dem genannten Umfang zurückzieht? Worin besteht dann seine "gültige" Gestalt? Im "Grunde" genommen, das heißt von seinem Wesen her gesehen, kann der Staat dann das werden, was er in der Mitte Europas ohnehin längst hätte sein sollen — Rechtsstaat.

Beileibe ist es nicht bloßer Laune geschuldet, wenn die Politbürokratie in ihren Sprachgebrauch neuerdings das Wort "Rechtsstaat" wieder aufgenommen hat, nachdem dieser Begriff für mehr als zwanzig Jahre auf dem Index stand, denn damit will man durchaus wenigstens verbal einer aus den Tiefen der Menschennatur immer lauter hervortönenden Forderung entsprechen und in gewisser Weise auch zuvorkommen.

Schließlich kann es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die alternativen Kräfte im Staatssozialismus über das eklektizistische Einklagen einzelner Menschenrechte hinausgehen und ihre Gesellschaftsvorstellungen im Hinblick auf die Entwicklung unseres Staatswesens präzisieren. Dann erst wird die Forderung nach dem "Rechtsstaat" richtig gestellt sein.

295

Die Idee, daß die Bindung an das Recht jegliches staatliche Handeln begrenzt und eine Bürgschaft guten Regiments sei, gehört seit alters her zu jenen bleibenden Schöpfungen des deutschen Volksgeistes, die weder "klassengebunden" sind, noch sich in ihrer Ausstrahlungskraft in nur einer Gesellschaftsepoche erschöpfen.

Seit dem Mittelalter hören wir die Forderung, der Mensch solle unter der Herrschaft von Gesetzen, nicht aber von Menschen stehen. Das Wort und die Institution "Rechtsstaat" gehören daher zu jedem wahrhaft deutschen Staatsleben (die "rule of law" des englischen und das "règne de la loi" des französischen Rechtslebens haben sicher ähnliche, aber dann doch wieder sehr eigene Züge).

Soll dem danach strebenden menschlichen Sehnen wahrhaftig entsprochen werden, kann das allein innerhalb einer in sich gleichberechtigten Rechtsgemeinschaft geschehen, die aus sich heraus die sozial wünschenswerten Rechtsvorstellungen und -normen schöpft. Ebenso wie der Staat nicht mehr länger "Wirtschafter" sein kann, darf natürlich niemals an seiner Stelle die Wirtschaft zum "Gesetzgeber" werden. Grundsätzlich kann für sich genommen nicht einmal die "Ökonomische Lage" in letzter Instanz zur Begründung rechtlicher Normen führen, wenn die kardinalen Fehler des Jahres 1961 zukünftig vermieden werden sollen.

Damals hatten ja nicht zuletzt die ökonomischen Bedingungen dazu geführt, daß die Produzenten scharenweise abgewandert sind. Aber anstatt den Staat aus der Wirtschaft zurückzunehmen (was nachher kurzzeitig mit dem "Neuen Ökonomischen System" versucht wurde) und dem Wirtschaftsleben die Rekonstruktion der mißratenen Ökonomie zu überantworten, wurde — als Antwort auf die "ökonomische Lage" — mit der "Mauer" ein Rechtsregime geschaffen, welches, gerade weil es allzu

offensichtlich der wirtschaftlichen Misere geschuldet war, den Gerechtigkeits-vorstellungen der meisten Menschen ins Gesicht schlug.

296

Darum muß sich, in einem gesunden gesellschaftlichen Organismus neben der ökonomischen Basis und in Selbständigkeit dazu, also nicht lediglich als deren juristischer und politischer "Überbau", ein Leben entfalten, in dem die normativen Grundlagen beschlossen werden, auf denen alle anderen Bereiche der Gesellschaft wirken. Als Inbegriff der Beziehungen aber, welche die Menschen unter vernünftigen Rechtsgesetzen eingehen, darf der Rechtsstaat gelten.

Denn zumindest für jedes Staats- und Gesellschaftsleben im Herzen Europas — und zwar in Ost wie West — kann er allein gültige Richtlinien dafür aufstellen, welche Einrichtungen dienlich sind, um einer Überhandnahme der Staatsgewalt vorzubeugen und die Staatsgewalt in vernünftigen Grenzen zu halten. Der hier dargestellten Idee zufolge wäre der Rechtsstaat idealtypisch gesehen zunächst erst einmal praktisch nichts anderes als die nach der Entflechtung des Staats-, Wirtschafts- und Geisteslebens entstehende Rechtsordnung. Die nach Durchführung der Dreigliederung dem Staat verbleibenden Funktionen Gesetzgebung und Verwaltung würden dann wieder zu reinen "Rechtsfunktionen".

Fruchtbar geworden ist die Rechtsstaatsidee in der Vergangenheit immer nur in den Abschnitten der deutschen Geschichte, wenn diese Idee sich mit einer verbreiteten demokratischen Gesinnung verbünden konnte. Deshalb ist es ein politischer Etiketten-schwindel ersten Ranges, wenn die Staatspartei den gegenwärtigen sozialistischen Staat zum "Rechtsstaat" erklärt und sich gleichzeitig gegen das Aufkommen jeglicher demokratischer Bestrebungen innerhalb wie außerhalb ihrer Reihen mit Gewalt zur Wehr setzt.

297

Die Schwäche der deutschen Rechtsstaatsidee war es seit jeher, daß dem Schutz der Individualrechte und der Beachtung strenger Gesetzlichkeit eine grundlegendere Bedeutung beigemessen wurde als dem für den Bestand des Rechtsstaates selber zentralen Moments einer demokratischen Verfassung.

Aber spätestens seit dem Ende der gerade diese Schwäche offenbarenden Weimarer Republik wissen wir allmählich immer besser zu unterscheiden zwischen der bloßen Legalität, die auch eine ordentliche Despotie mit ihren Verwaltungsmaßnahmen in bestimmtem Umfang wahren will, und einem mehr inhaltlichen Begriff des "Rechtsstaats", der die Sicherung der subjektiven Rechte mit demokratischen Formen der Einflußnahme auf die Macht verbindet. Dadurch aber rückt die Idee des

Rechtsstaats in die unmittelbare Nähe dessen, was wir den demokratischen Geist einer Gesellschaft nennen können, und dieser trägt wahrscheinlich in der alltäglichen Praxis am wirkungsvollsten dazu bei, die Staatsmacht in ihr angemessenen Grenzen zu halten.

Die Forderung, "daß alle zusammen über einen jeden, mithin auch über sich selbst gebieten" (Kant), ist in der Mitte Europas seit Jahrhunderten immer überzeugender vertreten worden, so daß es hier nur eine Frage der Zeit bleiben konnte, wann sich die demokratische Idee mit dem Rechtsstaatsgedanken verbindet. In diesem dritten Glied, im politisch-rechtlichen Staatsleben, muß die Gleichheit vor dem Gesetz und die Gleichheit der Bürger untereinander herrschen. Hier wird verhandelt und verwaltet, worüber jeder mündige Mensch gleichermaßen urteilsfähig ist.

Man muß sich darüber klar sein, daß weder der Rechtsstaat noch die Demokratie im Sozialismus "gesetzmäßige" Entwicklungen sind, die historisch unabdingbaren Notwendigkeiten entsprechen, denn wäre es so, dann würden unsere Verhältnisse nicht die sein, die sie gegenwärtig sind.

298

Rechtsstaat und Demokratie sind gewolltes und hergestelltes Menschenwerk, also offene und entwicklungsfähige Formen menschlichen Verkehrs. Weil das so ist, müssen wir uns aber auch immer wieder neu fragen, worin die vernünftige Begrenzung des demokratischen Prinzips liegen könnte.

Wir benötigen die Demokratie für unsere soziale und politische Selbstverteidigung, für die Durchsetzung einer Gesellschaftsordnung, in der man uns nicht weiterhin "einmauern", entmündigen und mit Hilfe des Geheimdienstes schurigeln kann.

Wir brauchen aber die Demokratie dort nicht, denn da wäre es dann wieder nur die übliche scheinheilige Form, wo, wie etwa im freien Geistesleben, die natürliche Begabung erforderlich ist, wo man also mittels Mehrheitsentscheidungen gar nicht zu vernünftigen Entscheidungen kommen kann.

Das zu begreifen fällt schwer. Gemeinsam mit unseren **Meisterdenkern** sind wir leider allzu lange der Illusion nachgerannt, es sei vorteilhaft und die Menschen wünschten sich das auch, daß noch bis in die letzte "Küche" des Landes hinein demokratisiert würde.

Derweilen konnten wir schon nicht einmal mehr "jenen unendlich kleinen Bruchteil an Macht" wahrnehmen, den noch der verkommenste Parlamentarismus seinen Wahlvolk zugesteht und den der Staatssozialismus bis heute den Menschen vorenthält.

Von Jalta zur Emanzipation der Deutschen

Jedes Nachdenken über die Bedingungen und Voraussetzungen alternativen Handelns im Inneren der sozialistischen Gesellschaft verlangt von uns, der äußeren Lage, in der sich der Staatssozialismus in Deutschland befindet, genügend Beachtung zu schenken. Der Deutsche in Weimar und Dresden empfindet inzwischen schmerzlich genug, wenn er nicht völlig abgestumpft ist, wie sehr unser Gesellschaftskörper in der Zwangsjacke von Jalta zusammengeschnürt wird und allmählich jede Form verliert.

wikipedia Konferenz von Jalta (Krim, 1945)

Es bleibt deshalb gar nichts anderes übrig, als an der Veränderung der Verhältnisse mit dem Ziel zu arbeiten, daß die innere Gliederung unseres sozialen Organismus wieder möglichst uneingeschränkt durch seine eigenen Kräfte bestimmt wird und nicht mehr weiter durch den militärischen Status quo, der im Ergebnis der Kriegskonferenzen Roosevelts, Churchills und Stalins (Teheran 1943, Jalta 1945) in die Architektur der Staaten Osteuropas übersetzt wurde.

Eiserner Vorhang, Mauer und Stacheldraht — das sind bis in die Gegenwart die Symbole einer Machtlogik, **die drei alte Männer in Jalta ausgeheckt haben**. Symbole einer bipolaren Weltgeschichte, die auf dem Gegensatz zwischen der Sowjetunion und Amerika beruht.

Jalta wollte den Westen wie den Osten gleichermaßen gegen die Deutschen in der Mitte Europas vereinen. Herausgekommen ist der andauernde Ost-West-Konflikt. Der aber verhindert nicht nur, daß allein die Deutschen "ihre Mitte" weiterhin verfehlen.

Das Festhalten an Jalta hat keine Zukunft mehr, denn es sichert nurmehr die Bestandserhaltung der politbürokratischen Macht. Weil das mittlerweile der letzte Dummerjahn begriffen hat, haben die Erben von Jalta selber die Rede vom "gemeinsamen Haus Europa" übernommen, um so den Anschein zu verbreiten, ihre Politiken zielten wirklich auf die Überwindung der Spaltung.

Begreifen wir aber nicht baldigst, was sich hier in der Mitte Europas an Neuem herausringen will, **dann könnte in einer Stunde der russischen Schwäche Revanchismus und Nationalismus unter den osteuropäischen Völkern um sich greifen.**

Niemals dürfen wir vergessen, ungeklärte Verhältnisse in der Mitte Europas haben schon zweimal in einen Weltkrieg geführt.

Unter diesen Voraussetzungen müssen wir uns die Frage stellen: Wie kann in der deutschsprachigen Mitte Europas ein Zustand herbeigeführt werden, der sowohl den berechtigten Wünschen der Deutschen nach einem in jeder Hinsicht unbehinderten und selbstbestimmten Verkehr miteinander und mit anderen Völkern Rechnung trägt, der aber andererseits auch die Ängste der Nachbarvölker vor einer Wiederholung der Geschichte ernst nimmt?

Einem geordneten Zustand freien Meinungs-, Wirtschafts- und Lebensverkehrs steht gegenwärtig in der Mitte Europas nichts ärger im Wege als die im Ergebnis von Jalta zustande gekommene imperial-nationalistische Organisationsform der mittel- und osteuropäischen Länder des Sozialismus.

Schon die oberflächliche Beurteilung des grenzüberschreitenden Verkehrs unter dieser Fragestellung ergibt, wie sehr gerade in diesem Teil der Welt, und zwar ganz im Gegensatz zur Tradition der betroffenen Völker, der Staat noch immer *"so etwas wie eine verhärtete. Haut ist, eine geschlossene Fläche, welche den größeren Teil der in ihrem Raum wirkenden Kräfte nach innen zurückwirft und nur den weitaus kleineren durchläßt ..."*[79]

301

Deshalb bleibt nur die Möglichkeit, alles an diesem "Isolator" sich vorbei Entwickelnde zu fördern und den Gedanken an die endgültige Überlebtheit der nationalstaatlichen Organisationsform menschlichen Zusammenlebens zu vertiefen.

Die entwickelte Idee der Selbstverwaltung der drei Glieder des sozialen Organismus weist in diese Richtung.

Von einem gründlich erneuerten Geistesleben zusammengehalten, welches seine Überzeugungskraft aus der Kontinuität der mitteleuropäischen Kultur schöpft, sollen dieser Idee zufolge ja die einzelnen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sich selbst im Hinblick auf ihre inneren und äußeren Beziehungen verwalten dürfen. Die damit zugleich einhergehende Entflechtung politischer und wirtschaftlicher Macht würde zwangsläufig allen eventuellen imperialen Gelüsten die Grundlage entziehen.

Ein aus der "Vormundschaft" des Staates befreites Geistesleben würde zudem die in seinem Energiefeld lebenden Menschen bestimmt nicht mehr länger zur "Nationalität", sondern nurmehr zu wahrer Menschlichkeit erziehen. Es ist ja ohnehin seit jeher eine deutsche Besonderheit gewesen, daß wir die Nation "von unten" nie

richtig zuwege gebracht haben. Auch die "sozialistische deutsche Nation" ist ein Abstraktum geblieben. Deutschland war und ist immer mehr oder weniger als eine Nation gewesen. Schon in den "Xenien" heißt es deshalb: *"Zur Nation euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche, vergebens, bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus..."* Und Marx schrieb: *"Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen."*(80)

In gewisser Hinsicht sind beide Sätze noch immer wahr. Nur wenn wir selber uns zu freieren Menschen ausbilden und in diesem Prozeß die geographische Lage in der Mitte Europas im Interesse der Überwindung seiner Spaltung in eine geschichtliche Funktion verwandeln, können wir die Zwangsjacke von Jalta loswerden.

302 / 303

Unser Ziel muß es sein, die "deutsche Misere" durch die Teilhabe an einem Bund deutscher Sprachgebiete in der Mitte eines freien Europas zu überwinden. Gewiß, solch ein "Bund" wäre mit dem Begriff der "**Wiedervereinigung**" nicht zu erfassen.

Unter der Voraussetzung einer kulturellen Einigungsbewegung, welche die Losung vom "gemeinsamen Haus Europa" verwirklichen will, wäre es auch völlig gleichgültig, mit Hilfe welcher staatsrechtlicher Konstruktionen man den verbleibenden deutschen Besonderheiten Rechnung trägt.

Allerdings böte, was die inneren Verhältnisse betrifft, die Dreigliederung des sozialen Organismus und die Selbstverwaltung seiner Glieder wohl die besten Möglichkeiten, um die "verhärtete Haut" endlich abzulegen, damit sich die bisher durch den Staat in der Mitte und im Osten Europas nach innen zurückgeworfenen Kräfte in einen freien menschlichen Austausch einbringen könnten.

Auf diese Weise wäre es den Deutschen möglich, sich durch das verstehend-schätzende Heranholen der östlichen und westlichen Ideen, Werte und Lebensformen und deren Ausgleich selber zu freieren Menschen auszubilden. Wie sich in der Schweiz germanische und romanische Kulturströmungen gegenseitig bereichert haben, genauso könnte auf deutschem Boden der Gegensatz zwischen dem Osten und dem Westen zum Ausgleich gebracht werden.

Ernst Niekisch, der "rote Preuße", hat wohl als einer der ersten darüber geschrieben, wohin ein eigener Weg Deutschlands jenseits der Blöcke führen könnte. Unter gesamteuropäischen Vorzeichen gewinnen seine perspektivischen Vorstellungen über ein deutsches Zentrum unseres Kontinents in bemerkenswerter Weise an Überzeugungskraft.

Nach Niekisch hängt die Zukunft der Deutschen davon ab, und zwar der Deutschen in West und Ost, ob diese den historischen Auftrag des "versöhnlichen Ausgleichs" in der Mitte Europas für sich akzeptieren oder nicht.

> "Erstrebt Deutschland die Stellung einer großen europäischen Schweiz, dann schließt das für das deutsche Volk die Selbstbescheidung ein; es muß sich bewußt auf einen kleinen politischen Fuß umstellen, es muß insbesondere begreifen, daß ihm keine kriegerischen Lorbeeren mehr winken, daß es künftighin seinen Ruhm ausschließlich in moralischen und kulturellen Taten zu suchen hat. (...) An der Frage, ob der Deutsche noch Erneuerungskraft genug in sich habe, sich vom menschlichen Leitbild des physischen Helden abzukehren und sich dem des moralischen zuzuwenden, hängt das Zukunftsschicksal des deutschen Volkes."[81]

304

========Ende 14. Neugliederung========

wikipedia Ernst-Jörg von Studnitz hat das Buch aus der DDR nach Hamburg getragen.

Literatur

Als Autor fühle ich mich drei zeitgenössischen Denkern gegenüber zu besonderem Dank verpflichtet: *Rudolf Steiner, Jürgen Habermas und Rudolf Bahro.*
Sie haben mich in meinen Ansichten stark beeinflußt. Ich hoffe, daß dieser Einfluß auch für andere jederzeit erkennbar ist, selbst wenn ich gerade diese Autoren nicht zitiere.

305-308

1 Immanuel Kant, Von den Träumen der Vernunft, Kleine Schriften zur Kunst, Philosophie, Geschichte und Politik, Leipzig und Weimar, S.225
2 Eduard Gans, Philosophische Schriften, Berlin 1971, S. 308
3 Georg Lukács, Über die Vernunft in der Kultur, Ausgew. Schriften 1909-1969, Leipzig 1985, S.17
4 Karl Marx, Friedrich Engels, Werke 1 (nachfolgend als MEW), Berlin 1964, S.385
5 MEW 9, S. 221, 133, vgl. auch DZfph 1983, H. 11, S. 1249
6 Gustav Schwab, Die schönsten Sagen des klassischen Altertums, Bd. 1, Leipzig 1977, S. 30ff
7 Tocqueville, Die Demokratie in Amerika, deutsch nach Rüder, 1836, zitiert bei Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, Frankfurt 1957, S. 138/139
8 Nikolai F. Beltschikow, Dostojewski im Prozeß der Petraschewzen, Reclam Bibliothek Leipzig 1977, S. 133 i
9 Lenin, W. L, Werke, Berlin 1955ff (nachfolgend als LW), Bd. 15, S 45; vgl weiterhin Formationstheorie und Geschichte, Berlin 1978, hg. von Ernst Engelberg und Wolfgang Küttler

10 MEW 19, S 385
11 Rosa **Luxemburg**, Gesammelte Werke (nachfolgend als GW), Dietz Verlag Berlin, Bd.1, Zweiter Halbband S. 424
12 GW 1, zwt. Hb. 423/424
13 GW 1, zwt. Hb. 424
14 GW 1,zwt. Hb. 425
15 GW 1,zwt. Hb. 425/426
16 GW 1, zwt.Hb.428
17 LW 7, S. 400/401
18 GW 1,zwt.Hb.S.443
19 GW 4, S. 359

20 GW 4, S. 362
21 MEW 3,S.73
22 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1974, S. 18
23 Hermann Hesse, Der **Steppenwolf**, Berlin und Weimar 1978, S. 31
24 Rainer Maria Rilke, Werke in drei Bänden, hg. von Horst Naiewski, 2. Bd., Ffm 1978, S. 855/856
25 Christa **Wolf**, Ins Ungebundene gehet eine Sehnsucht, Prosa und Essays, Berlin und Weimar 1986, S. 381
26 Ebenda, S. 376

27 MEW 3, S.6a
28 G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, hg. von H. Kienner nach der Ausgabe von E. Gans, Berlin 1981, S.220
29 Jean-Jacques Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag, Leipzig 1978, S. 43

30 Hermann Kienner, Marxismus und Menschenrechte, Studien zur Rechtsphilosophie, Berlin 1982, S. 157
31 Ebenda,S.30
32 Immanuel Kant, a.a.O., S. 229
33 Ebenda, S. 230, 372
34 Vgl. etwa Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, Frankfurt a M.1957, S.171
35 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, Berlin 1977, S. 377/378
36 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, a.a.O., S. 397
37 Ebenda
38 Karl Marx, Zur Kritik Der Politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1863), Text Teil 4, Berlin 1979, MEGA, Zweite Abt., S. 144
39 Alexander Mitscherlich, Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 196^,S.43

40 Ethiker-Konferenz zur sittlichen Erziehung, Bericht von U. Wilke, DZfph, 1980, S.727
41 Ebenda
42 Aristoteles, Endemische Ethik, übersetzt und kommentiert von Franz Dirlmeier, Berlin 1984, S. 105; vgl. auch Platon, Politeia, Sämtliche Werke 3, a.a.O., S. 287
43 Karl Kautsky, Das Erfurter Programm, Berlin 1965, S. 167
44 LW 25, S. 489
45 Gerhard Riege, Die Staatsbürgerschaft der DDR, Berlin 1982, S. 93
46 Gerhard Riege, Überlegungen zum sozialistischen Verfassungsbewußtsein, Neue Justiz 1985, S. 41
47 MEW i,S.58
48 Karl Ferdinand Hommel, Des Herrn Marquis von Beccaria unsterbliches Werk von Verbrechen und Strafen, Berlin 1966, alle Zitate S. 141/142
49 MEWi, S. 113

50 A. J. Wyschinski, **Gerichtsreden**, Berlin 1951; dazu weiter: Prozeß gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slänsky an der Spitze, hg. in deutscher Sprache, Orbis Prag, Justizministerium; Der Rakosi-Prozeß, Berlin 1951
51 Eduard Gans, a.a.O., S. 178
52 F. Schiller, Über Kunst und Wirklichkeit, Schriften und Briefe zur Ästhetik, Leipzig 1985, S. 330
53 C. G. Jung, Grundfragen zur Praxis, Grundwerk, Ölten 1984, S..276
54 Peter Hacks, Essais, Leipzig 1984, S. 152
55 Friedrich Schiller, a.a.O., S. 329
56 Václav Havel, Versuch, in der Wahrheit zu leben, Reinbek 1980, S.i7/i8
57 MEW 21, S. 287, MEW 4, S. 131, 132, 140
58 Ethik, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1968, S. 185
59 Ebenda

60 Jakob Böhme, Der Weg zu Christo, Buch 6, § 36, 37
61 Platon, a.a.O., Bd. 3, Phaidon, S. 19
62 Wolfgang Huber, Protestantismus und Protest, Reinbek 1987, S 12/13
63 Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung, Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, München 1985
64 Ebenda
65 Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Ausgew. Schriften in 2 Bänden, Bd. i, Berlin 1951, S. 497.
66 Ehrhart Neubert, Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft, Hg.: Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1986, S. 56
67 Günter Bransch, Kirche auf dem Weg, Perspektiven der evangelischen Kirche in der sozialistischen Gesellschaft, Versuch einer Einschätzung, Berlin 1987, S. 34; die Schrift kann in ihrem Inhalt als repräsentativer Querschnitt gelten
68 MEW, S. 357
69 C.G. Jung, Antwort auf Hiob, Werke XI, S. 496/497, zitiert in: Eugen Drewermann, Tiefenpsychologie und Exegese, Bd. I, Ölten und Freiburg im Breisgau 1984, S. 33

70 Dieter Bassermann, Der späte Rilke", München 1947, S. 343
71 Walter Benjamin, Über das Programm der kommenden Philosophie, in: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze, Frankfurt a. M. 1965, S. 15
72 Jean E. Charon, Der Sündenfall der Evolution, Wien 1987, S 12
73 Platon, Sämtliche Werke Bd. 6, Nomoi, Reinbek 1975, S. 92
74 Ebenda
75 Z.B. enthält das Sachregister des vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen im Oktober 1985 herausgegebenen Ethik-Lehrbuchs für die Ausbildung an Universitäten und Hochschulen das Stichwort «Zivilcourage» erst gar nicht.
76 Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: Ausgewählte Schriften Bd. 2, Berlin 1952, S. 24
77 Wilhelm von Humboldt, Über die Kawisprache, Bd. 3, S. 462, zit. nach: Alexander von Humboldt, Gesammelte Werke, Erster Band, Stuttgart, S. 264
78 Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage, S. 57
79 Robert Musil, Essays Reden Kritiken, hg von Anne Gabrisch, Berlin 1984,S.214

80 MEW Bd.i, S.39i
81 Ernst Niekisch, in: Die Linke und die nationale Frage, Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek 1981, S. 72

==========

08.2014 DLF Von Henry Bernhard Der vormundschaftliche Staat
deutschlandfunk.de/kursiv-klassiker-rolf-henrich-der-vormundschaftliche-staat-100.html

> "Der vormundschaftliche Staat bestimmt hier bis in die Lehrinhalte hinein das, das, was gesagt wird und das, was gedacht werden soll."

Was kurz nach Ostern 1989 mit dünner Stimme in den Westen drang, war doch ein Ruf wie Donnerhall. Rolf Henrich, ein bis dahin systemkonformer Rechtsanwalt in Eisenhüttenstadt, SED-Mitglied, Parteisekretär der Anwälte gar, hatte ein Buch geschrieben, **das wie Sprengstoff wirkte.**

"Der vormundschaftliche Staat" erschien im Westen Anfang April '89, aber der SPIEGEL druckte Auszüge bereits eine Woche zuvor ab. Das Ergebnis: Der Autor Rolf Henrich stand schon unter Berufsverbot und wurde aus der SED ausgeschlossen, bevor sein Buch überhaupt veröffentlicht war.

> "Und das bedeutet natürlich zunächst, dass meine wirtschaftliche Existenz so mit einem Federstrich zerschlagen wurde. Aber, ich will auf keinen Fall die DDR verlassen, und ich bin für diese Verhältnisse durchaus mitverantwortlich. Und also bin ich auch dran, in diesen Verhältnissen irgendetwas zu ändern, also dass ich vielleicht mit Hilfe einer theoretischen Analyse die Strukturen hier etwas durchsichtiger mache."

Henrichs Buch hatte so nichts von den vorsichtig formulierten Petitionen, die aus oppositionellen kirchlichen Kreisen der DDR kamen, er versuchte nicht vorsichtig zu umschreiben, was im Argen lag im Sozialismus, **sondern setzte gleich im ersten Satz den großen philosophischen Hebel an.**

> "Der vormundschaftliche Staat - mit diesem Titel will ich an das hierzulande stillgelegte Unternehmen Aufklärung erinnern. Denn spätestens seit dem "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" sind die Hoffnungen aus den Gründerjahren des Staatssozialismus verflogen, dass geänderte Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln und ein aufrechter Gang des Menschen zusammengehen." (S. 10)

Thesen von der asiatischen Despotie
Henrich maß den DDR-Sozialismus an den Postulaten der Aufklärung und fand einen mickrigen Kretin vor, der vorgab, ein potenter Riese zu sein. Statt von Grundlagen des Systems sprach er lieber gleich von "Grundlügen". Er nahm Marx beim Wort und beschämte die, die sich Marxisten nannten.

> "Wohin sind wir eigentlich gekommen, wenn uns die Glossatoren des Marxismus-Leninismus inzwischen rüdeste polizeiliche Ordnungsvorstellungen und eine sklavische

> Arbeitsdisziplin unter Berufung auf Marx als die höchsten Güter der Menschheit preisen dürfen?" (S. 18)

Henrich holte weit aus, durchpflügte die russische Geschichte, um seine Thesen von der asiatischen Despotie zu belegen. Der Oktober-"Revolution" in Russland, der Gründungsmythos der Staat gewordenen kommunistischen Idee, sprach er das Revolutionäre ab. Und indem er historische Zwangläufigkeiten bestritt, legte er Hand an die Legitimation der SED-Herrschaft. Henrich wollte den DDR-"Sozialismus" im Mark treffen. Nicht, um ihn zu zerstören, sondern um den Menschen wieder Luft zum Atmen zu geben. Dabei ging es ihm nicht um Erleichterungen, sondern um wirkliche Freiheiten. Und so wissenschaftlich er im Buch auch argumentierte, so klar und verständlich konnte er im Interview mit Westmedien auftreten - wie hier im Deutschlandfunk.

> "Diese Menschen haben endgültig diesen vormundschaftlichen Staat satt, und zwar in jeder Hinsicht. Sie wollen endlich auch mal selber bestimmen dürfen, welche Zeitung sie z. B. lesen. Sie wollen an einer Bürgerinitiative mitwirken können, ohne gleich durch den vormundschaftlichen Staat bedroht zu werden."

In der Bundesrepublik schlug das Buch große Wellen, die über Radio und Fernsehen in die DDR schwappten. Und genau das wollte Henrich: Die Diskussion in der DDR, ja in der SED anstoßen. Denn das intellektuelle Niveau der DDR-Alternativbewegungen hielt er für "blamabel". So blieb bei Henrich auch keiner ungeschoren: Nicht nur die SED-Politbürokratie, sondern auch das unterdrückte Volk bekam seinen Hieb weg:

> "Die wehleidige Selbsteinschätzung, wir allesamt seien "Opfer der politischen Macht", übersieht geflissentlich, dass derjenige, der diesen Schluss für sich gezogen hat, selbst meist durch Unterlassen zur Erhaltung eines Systems der Verselbstständigung beihilft." (S. 11)

Natürlich kann so eine Bemerkung auf den Autor selbst zurückfallen, gerade wenn man in Betracht zieht, dass er Anwalt in der DDR war, eine Profession, die zumindest eine grundlegende Linientreue voraussetzte. Aber Henrich beugte vor:

> "Ich glaube nicht, dass meine Betrachtungsweise frei von Selbstbetrug ist." (S. 12)

Messerscharfe Analyse des siechen DDR-Sozialismus

Der Zweifel aber, so Henrich, wäre schon der erste Schritt raus aus der Bevormundung, in die offene Welt. Der Anwalt Rolf Henrich war immer ein treuer DDR-Bürger gewesen, der gleich nach dem Abitur in die Partei eingetreten war und den Mauerbau zunächst befürwortete.

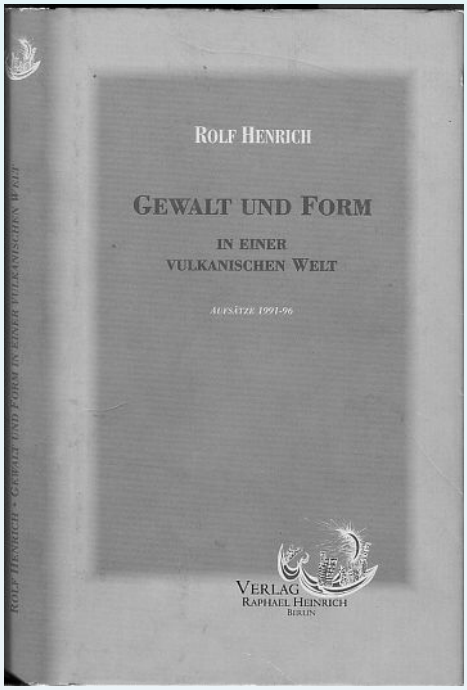
Sein persönliches Damaskuserlebnis war wiederum ein Buch gewesen: "Die Alternative" von Rudolf Bahro, erschienen 1977. Bahro, der den DDR-Sozialismus noch wohlwollend kritisiert hatte, musste dafür ins Gefängnis. Henrich blieb für in Freiheit - Anzeichen für eine zutiefst verunsicherte SED-Führungsspitze. Die DDR-Bürger, die aus den West-Medien von Henrichs Buch erfuhren, reagierten auf ihre Weise.

> "Also, das beginnt bei den Frauen an der Tankstelle, die mich nach dem Erscheinen des

Buches umarmt haben, und geht bis hin zu einer bis heute nicht abbrechenden Post."

Mögen Henrichs Schlussfolgerungen auch etwas unklar gewesen sein, gerade was ökonomische Vorstellungen und die nationale Frage anging, so war seine Analyse des siechen DDR-Sozialismus doch messerscharf. Seine Expertise brachte er dann auch wenige Monate nach Erscheinen des Buches in die Gründung des Neuen Forums ein.

Nach der Revolution '89 verschwand Henrich bald wieder von der politischen Bildfläche und arbeitete wieder als Anwalt in Eisenhüttenstadt. **Seine Mission war erfüllt. #**

==========

Weitere Bücher von Henrich: